VERTEIDIGUNGSPOLITIK

FRIEDEN

DEUTSCHE STIFTUNG FRIEDENSFORSCHUNG

FÖRDERLINIE

NEUAUSRICHTUNG

STRATEGIETAGUNG

ANGRIFFSKRIEG

JAHRESBERICHT 2022

DSF

4 VORSTELLUNG DER DSF
4 Die Deutsche Stiftung Friedensforschung
4 Parlamentarischer Abend der DSF in Berlin

6 FÖRDERUNG
6 Förderangebote
6 Geförderte Projekte im Jahr 2022
7 Forschungsprojekte in der offenen Förderung
8 Vorstellungen der neuen Forschungsprojekte im Jahr 2022
21 Projekte in der thematischen Förderung im Jahr 2022
32 Neuausschreibung einer thematischen Förderlinie
33 Strategietagung in der Fachdisziplin Sozialpsychologie
36 Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer
49 Das Friedensgutachten 2022

50 PUBLIKATIONEN
50 Stiftungseigene Publikationen
50 Publikationen aus geförderten Forschungsprojekten
52 Publikationen aus Tagungs- und Vernetzungsprojekten

54 GREMIEN
54 Der Stiftungsrat
55 Der Vorstand
55 Der Wissenschaftliche Beirat

56 FINANZEN UND VERWALTUNG
56 Das Vermögen
58 Die Bilanz
59 Die Ertragslage
61 Die Geschäftsstelle
62 Die Ludwig Quidde-Stiftung

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung

Im Oktober 2000 gründete die Bundesrepublik Deutschland die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF). Die Geschäftsstelle der DSF befindet sich in der Friedensstadt Osnabrück. Die DSF ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts und als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anerkannt. Sie verfolgt das Ziel, das wissenschaftliche Feld der Friedens- und Konfliktforschung zu fördern und zu seiner Weiterentwicklung beizutragen. Sie stützt sich hierbei auf den in §2 der Stiftungssatzung formulierten Auftrag, „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen". Die DSF führt keine eigenen Forschungsvorhaben durch.

Die DSF erfüllt ihren Auftrag vor allem über die Angebote im Bereich der Forschungs-, Vernetzungs- und Transferförderung. Die Unterstützung junger Wissenschaftler*innen betrachtet sie ebenso als eine Querschnittsaufgabe wie die Stärkung von Interdisziplinarität und Diversität. Die Stiftung wirkt zudem als Vermittlerin zwischen der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und der Politik, indem sie den Wissenstransfer aus der Friedens- und Konfliktforschung in verschiedene Praxisfelder unterstützt. Darüber hinaus richtet sie eigene fachwissenschaftliche und öffentliche Tagungen zu aktuellen Themenfeldern der Friedens- und Konfliktforschung aus und gibt damit Impulse für die wissenschaftliche und öffentliche Debatte zu den Themen Frieden, Krieg und Gewalt.

Parlamentarischer Abend der DSF in Berlin

In Zusammenarbeit mit den vier Herausgeberinstituten des Friedensgutachtens richtete die Stiftung am 10. Mai 2022 nach einer pandemiebedingten Unterbrechung erstmals wieder einen Parlamentarischen Abend in Berlin aus. Das Thema „Zukunft der Friedensförderung und Stabilisierung: Wie weiter mit der deutschen Außenpolitik?" stand im Kontext der aktuellen politischen Debatten über die Evaluation des Afghanistaneinsatzes, die Erstellung einer nationalen Sicherheitsstrategie und der Einsetzung einer Enquetekommission zur Zukunft internationaler Einsätze. Der Vorsitzende des Vorstands, Prof. Dr. Ulrich Schneckener, moderierte die Abendveranstaltung in den Räumlichkeiten der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin.

Conrad Schetter vom Bonn International Centre for Conflict Studies zog eine kritische Bilanz der westlichen Afghanistanintervention: Trotz eines immensen Einsatzes an militärischen und zivilen Kräften sowie Milliardenbeträgen an finanzieller Unterstützung sei die Mission kläglich gescheitert. Der von chaotischen Zuständen begleitete Abzug im August letzten Jahres stehe sinnbildlich für die Versäumnisse und Fehleinschätzungen während des 20-jährigen Engagements. Die anstehende ressortübergreifende Evaluation, an der das BMVg bedauerlicherweise nicht teilnehme, könne wichtige Erkenntnisse für künftige internationale Beteiligungen hervorbringen. Schetter zog aus seiner jahrelangen Forschung zu Afghanistan sechs zentrale Lehren. Es sei erstens nicht sinnvoll, mehrere militärische Missionen mit unterschiedlichen Zielen gleichzeitig durchzuführen. Diese müssten zudem zeitlich begrenzt werden, weil ihre Akzeptanz schnell abnehme. Zweitens sei auf eine zielgerichtete und koordinierte Abstimmung der Aufgabenbereiche der eingesetzten Akteure, z. B. Militär und zivile Organisationen, zu achten. Von politischer Seite würden die Einsätze drittens mit zu vielen Legitimationszwecken überfrachtet, um die Unterstützung der Bevölkerung vor Ort und im eigenen Land zu gewinnen. Dies verbaue die erforderliche Exitoption. Viertens sollte der Westen darauf verzichten, ein social engineering zu betreiben, denn ein tragfähiger Wandel könne nur aus dem Inneren der örtlichen Gesellschaft gelin-

Eröffnung durch Dr. Jens Brandenburg

gen. Auch Demokratie könne nicht verordnet werden. Unabdingbar sei fünftens eine umfassende Analyse der historischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten. Nur auf dieser Grundlage sei eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe möglich. Und letztendlich habe die Politik durch eine geschönte Kommunikation auch das Vertrauen in die eigene Bevölkerung verloren. Die nun anlaufende Debatte über die Ausgestaltung einer nationalen Sicherheitsstrategie biete eine große Chance, angemessene Schlussfolgerungen zu künftigen internationalen Einsätzen zu ziehen.

Ursula Schröder, Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, hob in ihrem Beitrag den anhaltend großen Bedarf an internationalem friedenspolitischen Engagement hervor. Der Trend gehe jedoch in eine andere Richtung. So sei seit 2014 keine neue Friedensmission mehr beschlossen worden, auch die Aktivitäten im Bereich des Peacekeeping seien rückläufig. Darüber hinaus sei ein Schrumpfen der jeweiligen Agenda zu beobachten, was auch auf Budgetreduktionen zurückzuführen sei. Gleichzeitig sei ein negativer Konflikttrend festzustellen. Die Zahl von Bürgerkriegen habe deutlich zugenommen, in vielen Fällen seien Gewaltkonflikte wieder neu aufgeflammt. Sie hätten eine längere Dauer und forderten mehr Todesopfer. Die COVID19-Pandemie verstärke diese Entwicklungen. Die internationale Friedenssicherung könne jedoch nicht wie bisher fortgeführt werden, sondern müsse Antworten auf die Fragen finden, was richtig und falsch gemacht worden sei und an welchen Stellen sie neu justiert werden müsse. Das UN-Peacekeeping habe zwar einen schlechten Ruf und sei mit Aufgaben überfrachtet. Wie neuere empirische Untersuchungen gezeigt hätten, lasse sich jedoch eine durchaus positive Wirkbilanz ziehen. Deutlich weniger erfolgreich verliefen die Missionen, die den Staatsaufbau zum Gegenstand hätten. Auch die Stabilisierungsmissionen wie z. B. in Mali und der zentralafrikanischen Republik zeigten allenfalls kurzfristig gute Ergebnisse. Ihnen fehle jedoch die staatliche Legitimität, weshalb keine nachhaltige Entwicklung zu beobachten sei. Die Friedensförderung müsse künftig anders organisiert werden, wenn ihre Erfolgschancen verbessert werden sollen. Sie müsse besser auf die lokale Ebene abgestimmt werden, damit die örtliche Bevölkerung eine Prozessverantwortung übernehmen könne. Dies erfordere eine eingehende Prüfung zur Erreichbarkeit der Ziele und zu möglichen Zielkonflikten. Dazu gehöre auch eine Reflexion darüber, was internationale Interventionen zu leisten vermögen. Hierfür stehe aus der Friedens- und Konfliktforschung ein umfangreicher Instrumentenkasten bereit, den die Politik für ihre künftigen Strategien zu Rate ziehen könne.

Förderangebote

Grundlage für die Förderleistungen der Stiftung ist das Förderkonzept[1] aus dem Jahr 2021. Hierin legt die Stiftung ihr Selbstverständnis als Einrichtung der Forschungsförderung fest und bestimmt die Ziele, die sie mit Ihren Förderangeboten erreichen will. Die DSF versteht sich als Impulsgeberin für das Forschungsfeld der Friedens- und Konfliktforschung. Unter den Leitbegriffen „Forschungsinnovation, Netzwerkbildung, Wissenstransfer" hat die Stiftung drei verschiedene Förderbereiche gebildet:

- FÖRDERBEREICH 1: FORSCHUNGSPROJEKTE
  Profilprojekte und Pilotprojekte
- FÖRDERBEREICH 2: VERNETZUNG UND WISSENSTRANSFER
  Forschungsnetzwerke, Internationale Fachtagungen, Vernetzungsprojekte und Projekte des Wissenstransfers
- FÖRDERBEREICH 3: THEMATISCHE FÖRDERLINIE
  Individuelle Auswahl an Förderformaten zu ausgewählten Themen

In den Förderbereichen 1 und 2 bietet die DSF eine thematisch offene Forschungsförderung an, die Antragstellungen zu innovativen Forschungsvorhaben aus verschiedenen Fachdisziplinen ermöglicht.
Im Förderbereich 3 setzt die Stiftung einen thematischen abgegrenzten Förderschwerpunkt, um neue Themenfelder für die Friedens- und Konfliktforschung zu erschließen oder bestehende Forschungsstränge weiterzuentwickeln.

Geförderte Projekte im Jahr 2022

Die Förderleistungen der Stiftung beliefen sich 2022 auf eine Gesamtsumme von 1,491 Mio. Euro. Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung der Fördermittel auf die Förderbereiche:

FÖRDERBEREICHE	BEWILLIGUNG
Förderbereich 1: Forschungsprojekte	798 Tsd. Euro
Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer	186 Tsd. Euro
Förderbereich 3: Thematische Förderlinie	507 Tsd. Euro

Tabelle 1: Verteilung nach Förderbereichen

Der größte Anteil floss in die thematisch offene Forschungsförderung. Das Förderbudget für die Unterstützung von Profil- und Pilotprojekten wurde vollständig ausgeschöpft. Auch im Bereich Vernetzung und Wissenstransfer konnte die Stiftung fast alle verfügbaren Mittel bereitstellen. Des Weiteren fielen die Förderentscheidungen für Anträge auf Projektförderung im Rahmen der Förderlinie „Ambivalenzen der Digitalisierung für Frieden und Sicherheit", die die DSF im Jahr 2021 ausgeschrieben hatte. Mit einem Fördervolumen von 507 Tsd. Euro konnte die DSF das verfügbare Budget nicht ganz ausschöpfen.

[1] Der Gesamttext des Förderkonzeptes ist auf der Homepage einsehbar – auch in englischer Sprache.

Forschungsprojekte in der offenen Förderung

Im Förderbereich 1 lagen der Stiftung im Jahr 2022 Anträge auf Projektförderung mit einem Gesamtvolumen von fast zwei Millionen Euro zur Entscheidung vor, darunter zwei Pilotprojekte und 13 Profilprojekte. Hiervon konnte die DSF ein Pilotprojekt und fünf Profilprojekte in die Förderung aufnehmen:

PILOTPROJEKT

Viktimisierungsnarrative als Katalysatoren innergesellschaftlicher Konflikte
Prof. Dr. Mario Gollwitzer und Prof. Dr. Karsten Fischer, Department Psychologie, LMU München

PROFILPROJEKT

Die gesellschaftliche Akzeptanz von Waffenexporten in den wichtigsten exportierenden EU- und NATO-Ländern: Ein Conjoint-Experiment
Prof. Dr. Paul W. Thurner und Dr. Lukas Rudolph, Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, LMU München

Targeting: How the USA and EU Use Individual Sanctions (INSA)
Dr. Christian von Soest, German Institute for Global and Area Studies (GIGA)/Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Hamburg

Geschlechtssensible Perspektive auf politischen Widerstand in der Militärdiktatur – Erzählte Lebensrealitäten von Aktivistinnen im antifranquistischen Widerstand in Katalonien (1960-1977)
Dr. Silke Hünecke, Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften (IESG), TU Chemnitz

Local Peace in Central Eurasia: Studying Peace Formation in Customary and Patronal Contexts
Dr. Anna Kreikemeyer, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Wirkungen und Wirkungsweisen humanitärer militärischer Interventionen
Dr. Thorsten Gromes, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Viktimisierungsnarrative als Katalysatoren innergesellschaftlicher Konflikte

Projektleitung
Prof. Dr. Mario Gollwitzer und
Prof. Dr. Karsten Fischer
Institution
Ludwig-Maximilians-Universität München, Department Psychologie/Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Fördersumme
50 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 12 Monate

In interpersonalen, intergruppalen und gesellschaftlichen Konflikten beanspruchen die beteiligten Konfliktparteien gerne die „Opferrolle" für sich und schreiben die „Täterrolle" der jeweils anderen Partei zu. Dies ist psychologisch erklärungsbedürftig, denn gerade die „Opferrolle" ist zunächst einmal nicht unbedingt erstrebenswert, verbindet man doch mit der Opferrolle einen niedrigen Status, Kontrollverlust und Schwäche. Speziell in interpersonalen und intergruppalen Konflikten kann der Opferstatus jedoch auch von Vorteil sein: Opfer genießen ein gemeinhin zugestandenes Recht auf ausgleichende Gerechtigkeit, Kompensation und bisweilen sogar Vergeltung. Zugeständnisse also, die in Konflikten von Vorteil sind.

Das Konkurrieren um die Opferrolle wird in der Sozialpsychologie bzw. der Friedens- und Konfliktforschung als „competitive victimhood" bezeichnet. Hier zeigen Befunde, dass die Anspruchshaltungen, die der jeweiligen wahrgenommenen Opferrolle zugrunde liegen, die Konfliktlösung erschweren. Fronten verhärten sich, Verständnis und Empathie für die andere Partei sinken, Versöhnung wird unwahrscheinlicher, und Gewalt wird legitimer. Kurz: Der Wettbewerb um die Opferrolle trägt zur Eskalation von Intergruppenkonflikten bei.

Es stellt sich die Frage, ob die Anspruchshaltung durch wahrgenommene und kommunizierte Opferrollen auch eine Triebfeder für innergesellschaftliche Konflikte darstellt. Vieles spricht dafür: ein Blick auf politische Kampagnen in Deutschland zeigt, dass die Konstruktion einer sozialen Kategorie der „Opfer", die den vermeintlich kriminellen, eigennützigen oder boshaften Machenschaften einer „Tätergruppe" ausgeliefert zu sein scheint, eine Strategie darstellt, um Empörung zu induzieren und Menschen zu mobilisieren. Solche Konstruktionen sind eingebettet in komplexere Viktimisierungsnarrative, also Deutungen oder Erzählungen, die vermeintliche Ungerechtigkeiten mit Identitätskonstruktionen sowie mit vermuteten Motiven der „Täter" verknüpfen und gerade deshalb ihr Mobilisierungspotenzial entfalten.

Das Pilotprojekt untersucht solche Viktimisierungsnarrative in zeitgenössischen politischen Kampagnen. Speziell werden dabei folgende Fragen bearbeitet: Wie lassen sich Viktimisierungsnarrative im Kontext politischer Wahlkampagnen beschreiben? Unterscheiden sich diese Narrative qualitativ oder quantitativ über das politische Spektrum hinweg? Hat die Verwendung von Viktimisierungsnarrativen in politischen Kampagnen in den letzten 20 Jahren zugenommen? Und letztlich: gibt es Personen, die besonders empfänglich für solche Viktimisierungsnarrative sind?

Für die Bearbeitung dieser Fragestellungen analysiert das Projektteam in einem ersten Schritt Wahlprogramme deutscher Parteien im Kontext aller Bundestagswahlen zwischen 2001 und 2021. Zunächst wird der Textkorpus anhand von relevanten Schlagwörtern analysiert, welche mit Viktimisierung assoziiert werden. Die identifizierten Textstellen werden anschließend codiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Ziel dieser Analyse ist es, Viktimisierungsnarrative in politischen Wahlkampagnen umfassend zu be-

schreiben und ihre Prävalenz quantitativ und qualitativ zu analysieren.

In einem zweiten Schritt soll geprüft werden, welche Menschen besonders empfänglich für Viktimisierungsnarrative sind. Befunde aus der Persönlichkeitspsychologie zeigen, dass sich Menschen darin unterscheiden, wie sensibel sie auf vermeintliche Viktimisierung reagieren: ein Persönlichkeitsmerkmal, das sich „Opfersensibilität“ nennt. Wir gehen davon aus, dass gerade opfersensible Personen auf Viktimisierungsnarrative anspringen: dass sie also emotionaler auf diese Narrative reagieren und entsprechend eher bereit sind, sich gegen die (tatsächliche oder vermeintliche) Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen (sowohl unter Zuhilfenahme normativer als auch non-normativer, also gesellschaftlich nicht akzeptierter, Methoden).

Ziel dieses Pilotprojekts ist es, die kommunikativen und psychologischen Prozesse, die einer Verhärtung innergesellschaftlicher Konflikte zugrunde liegen könnten, genauer zu untersuchen und damit – langfristig – die Entwicklung wirksamer Strategien zur Befriedung solcher Konflikte zu ermöglichen.

Die gesellschaftliche Akzeptanz von Waffenexporten in den wichtigsten exportierenden EU- und NATO-Ländern: Ein Conjoint-Experiment

Projektleitung
Dr. Lukas Rudolph/
Prof. Dr. Paul W. Thurner
Institution
Ludwig-Maximilians-Universität München, Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Fördersumme
150 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 30 Monate

Der Überfall der russischen Armee auf die Ukraine wirft ein Schlaglicht auf die zentrale Frage unseres Forschungsprojektes: Sollten Waffen an andere Länder geliefert werden? Unter welchen Bedingungen? Was denken die Bürgerinnen und Bürger der wichtigsten exportierenden Staaten in EU und NATO hierzu? Das Beispiel Ukraine zeigt: Waffenhandel kann die politische Diskussion in demokratischen Staaten bestimmen. Angesichts volatiler Meinungsumfragen scheinen die entsprechenden Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern wandelbar, und die Zustimmungsanteile variieren zwischen Ländern. Erstaunlicherweise gibt es aber kaum allgemeine Forschungserkenntnisse über die Einstellungen der Bevölkerung zu Waf-fentransfers. Jenseits des aktuellen und akuten Falles der Ukraine sind Waffenexporte zwi-schen politischen Parteien und in den nationalstaatlichen Öffentlichkeiten immer wieder in unterschiedlichem Ausmaß umstritten. Ein Hauptargument zivilgesellschaftlicher Gruppen und vor allem politisch linker Parteien ist der Hinweis auf die möglichen Implikationen solcher Transfers: die Auslösung, Verschärfung oder Verlängerung bewaffneter Konflikte, die Verletzung von Menschenrechten oder die Stabilisierung nichtdemokratischer Regime.

Gegenargumente verweisen auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen des Senderstaates, oder die Unterstützung legitimer Verteidigungsinteressen des Empfängerstaates. Es ist vollkommen offen, ob sich die politische Diskussion solcher Argumente auch in der Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zu Waffenexporten widerspiegelt. Es ist auch unklar, ob sich Abwägungen zwischen den verschiedenen Aspekten tatsächlich in verschiedenen Ländern unterscheiden. Es wird häufig argumentiert, dass im Vergleich zur deutschen Bevölkerung, die Bevölkerungen anderer westlicher Demokratien mit einer zentralen Rolle im internationalen Waffentransfersystem (USA, Frankreich, Italien, Großbritannien) sehr viel geringere Bedenken gegen solche Exporte haben. Daher ist ein länderübergreifender Vergleich der Wählerreaktionen auf Waffenexporte besonders wichtig, um die Vermutung einer deutschen Spezifität zu überprüfen. Allgemeiner aber geht es auch um weitreichende Policy-Fragen, etwa bezüglich der internen Verlässlichkeit von Bündnissen wie der NATO, oder der Machbarkeit einer kürzlich vorgeschlagenen europäischen Verteidigungspolitik einschließlich der entsprechenden Forschungs- und Entwicklungsinitiativen wie der Permanent Structured Cooperation (PESCO).

In Fortsetzung einer im Mai 2020 von der Deutschen Stiftung Friedensforschung genehmigten Pilotstudie wird hier eine umfassende vergleichende Mehrländerstudie durchgeführt, in der die Bevölkerungseinstellungen der genannten Länder verglichen werden sollen, im Hinblick auf die Relevanz ökonomischer, normativer und geostrategischer Implikationen von Waffenhandel bei der Präferenzbildung. Auch soll der variierende Grad der Zustimmung ermittelt werden, wenn bestimmte alliierte Länder liefern. Dieser Faktor hat sich als ein wichtiger Mediator in der Pilotstudie herausgestellt.

Dies verweist auf die Rolle von Vertrauen innerhalb von Bündnissen. Unsere aus der Pilotstudie resultierenden Erkenntnisse führen in diesem neuen Projekt zusätzlich zur Berücksichtigung der seit K.W. Deutsch diskutierten Theorie von Security Communities. Die gegenseitige gesellschaftliche Zuerkennung der Legitimität von Waffenexporten an bestimmte Länder ist eine Grundvoraussetzung für die Existenz und die Effektivität solcher Security Communities.

Unser Projekt versucht, aufbauend auf einem innovativen methodischen Ansatz, wichtige Antworten auf diese wesentlichen Fragen zu geben. Unter Rückgriff auf sogenannte Conjoint-Designs implementieren wir ein experimentelles Format innerhalb bevölkerungsrepräsentativer Umfragen. Die Befragten sind dabei mehrfach mit mehrdimensionalen hypothetischen Entscheidungen zwischen Szenarien konfrontiert, die sich nach Entscheidungskriterien (Attributen) unterscheiden. Die Entscheidungsaufgaben sind so gestaltet, dass sie konkrete Politikgestaltungsoptionen imitieren. Die Befragten werden dann gebeten, die Szenarien zu bewerten, und ihre bevorzugte Option auszuwählen. Auf diese Weise können wir die kausale Wirkung der manipulierten Dimensionen dieser Szenarien bestimmen. Das Projekt konzentriert sich dabei auf die vergleichende Relevanz von moralisch-rechtlichen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Aspekten bei der Beurteilung der Legitimität von Waffenexporten. Es wird Wertabwägungen zwischen den wahrgenommenen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Wohlfahrt (Arbeitsplätze, Innovation usw.) und normativen Überlegungen (Risiko oder Vorhandensein von Konflikten, Menschenrechtsverletzungen, Regimecharakteristika des Importeurs) bestimmen. Wir erwarten, dass die letztgenannten Aspekte die Akzeptanz von Waffenexporten im Allgemeinen verringern werden, jedoch dürften sich erhebliche länderspezifische Muster ergeben. Auf die besondere Fragestellung von Waffenlieferungen an die Ukraine, mit ebenfalls normativen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Dimensionen, wird gesondert eingegangen.

Targeting: Wie die USA und die EU individuelle Sanktionen einsetzen (INSA)

Projektleitung
Dr. Christian von Soest
Institution
German Institute for Global and Area Studies (GIGA), Hamburg
Fördersumme
150 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 30 Monate

Individuelle Sanktionen sind zu einem häufig angewandten Instrument geworden, mit dem westliche Mächte Herausforderungen für den internationalen Frieden und die Sicherheit begegnen. Die Vereinigten Staaten (USA) und die Europäische Union (EU) als die wichtigsten bilateralen Sanktionierenden setzen Personen und Organisationen auf Sanktionslisten, um sie für die Beteiligung an bewaffneten Konflikten, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder die Verletzung von Menschenrechten zur Rechenschaft zu ziehen, und prägen damit gleichzeitig den weltweiten Trend zur Individualisierung von Verantwortlichkeit. INSA analysiert und vergleicht systematisch die Sanktionsentscheidungen der USA und der EU. Die wichtigsten Forschungsfragen des Projekts lauten: (1) Welche Personen und Organisationen werden als Sanktionsziele ausgewählt und „gelistet"? (2) Wie werden diese Personen und Organisationen identifiziert? Und (3) Warum werden bestimmte Personen und Organisationen von den USA und der EU als Sanktionsziele ausgewählt?

Die Sanktionslisten der USA und der EU sind inzwischen Hunderte von Seiten lang. Die Anwendung der individuellen Sanktionen variiert jedoch erheblich: So verhängten die USA und die EU nach der völkerrechtswidrigen Invasion in die Ukraine durch Russland im Februar 2022 umgehend mehrere Sanktionspakete gegen russische Staatsangehörige und Einrichtungen. Dennoch gibt es große Diskrepanzen zwischen beiden Sanktionierenden, insbesondere was die Zahl der „gelisteten" Personen und Einrichtungen sowie der sogenannten Oligarchen mit Verbindungen zum Kreml betrifft. Wir sind derzeit nicht in der Lage, diese Unterschiede bei der Auswahl der Sanktionsziele systematisch zu erklären – weder in diesem Fall noch in anderen.

Um diese Lücken zu überwinden, entwickelt und verwendet INSA ein theoretisches Modell, das vier Elemente beinhaltet: (1) auslösende Ereignisse, (2) unterschiedliche Bedrohungen für Frieden und Sicherheit, (3) Merkmale der Sanktionierenden und (4) Zielcharakteristika. Das Projekt nutzt ein multimethodisches Forschungsdesign, das die Vorteile statistischer Analysemethoden mit einer eingehenden Untersuchung der Überlegungen von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern verbindet. In einem ersten Schritt wird INSA eine computergestützte Textanalyse der US- und EU-Sanktionslisten durchführen, um eine Datenbank zu Anzahl und Position der gelisteten Personen und Organisationen zu erstellen. Dies dient als Grundlage, um die Sanktionsmuster mithilfe einer multivariaten Analyse eingehend zu untersuchen. Im ergänzenden zweiten Schritt wird eine qualitative Analyse die Entscheidungsprozesse rekonstruieren, die den Listeneintragungen in vier ausgewählten Sanktionsregimen zugrunde lagen. Darüber hinaus wird das Forschungsprojekt untersuchen, ob die Listungen von den Vereinten Nationen mandatiert wurden und in welchem Verhältnis die Sanktionierung von Einzelpersonen und Organisationen steht.

Wie die militärische Aggression der russischen Streitkräfte in der Ukraine auf dramatische Weise zeigt, ist das Projekt sowohl für die Friedens- und Konfliktforschung als auch aus politischer Sicht von großer Relevanz: Individuelle Sanktio-

nen sind ein untrennbarer Teil der globalen Sicherheitsgovernance und des Menschenrechtsregimes, die die internationale Politik seit dem Ende des Kalten Krieges prägen. Da militärische Interventionen im Westen weitgehend diskreditiert sind, sind Sanktionen zu einem der gängigsten außenpolitischen Instrumente der Konfliktbearbeitung und der Schaffung globaler Sicherheit geworden. Sie gelten als Mittelweg zwischen „Worten und Kriegen" (Wallensteen und Staibano 2005) und sind für westliche Mächte das Mittel der Wahl im Kampf gegen 1) bewaffnete Konflikte, 2) die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, 3) Terrorunterstützung, 4) Menschenrechtsverletzungen, 5) Demokratiedefizite, (6) den Drogenhandel und (7) Korruption/Geldwäsche in der globalen Arena. Der bemerkenswerteste Trend ist dabei die „Individualisierung" internationaler Sanktionen seit den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts, als Folge der verheerenden humanitären Auswirkungen des UN-Embargos gegen den Irak und der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA. Die Maßnahmen zielen darauf ab, bestimmte Personen und Organisationen zu zwingen, ihr Verhalten zu ändern, ihre Handlungen einzuschränken und ein Signal zur Stärkung internationaler Normen zu senden.

INSA wird zunächst einen data feature in einer Fachzeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung veröffentlichen und darin die Datenbank zu individuellen Sanktionen und eine erste Analyse der Sanktionsmuster vorstellen. Mindestens zwei weitere Artikel in begutachteten Fachzeitschriften werden die Faktoren analysieren, die die USA und EU bei der Erstellung ihrer Sanktionslisten leiten. Ein abschließender Projektworkshop ist dem Austausch mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft gewidmet. Darüber hinaus werden die Projektergebnisse in mindestens einem Policy Brief einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Eine geschlechtssensible Perspektive auf politischen Widerstand in der Militärdiktatur – Erzählte Lebensrealitäten von Aktivistinnen* im antifranquistischen Widerstand in Katalonien (1960-1977)

Projektleitung
Dr. Silke Hünecke
Institution
Technische Universität Chemnitz, Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften
Fördersumme
150 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 30 Monate

Der Spätfranquismus in Katalonien (1960-1977) stellte sich als eine besonders konfliktreiche Zeit dar. Ab den 1960er Jahren war der Widerstand gegen die national-katholizistische Militärdiktatur in der Region durch verschiedene neue soziale Bewegungen breit aufgestellt: zentrale Akteur*innen waren die Arbeiter*innen,- Studierenden- und Nachbarschaftsbewegungen sowie die wiedererstarkte katalanische Unabhängigkeitsbewegung. Wichtiger Bestandteil des breiten Widerstandes war die sozio-musikalische Bewegung Nova Cançó. Darüber hinaus existierten auch bewaffnete Stadtguerillagruppen wie das Movimiento Ibérico de Liberación (MIL). Die verschiedenen antifranquistischen Gruppierungen verfolgten als übergeordnete Ziele die Durchsetzung politischer, sozialer, kultureller (sprachlicher) und arbeitsrechtlicher Freiheit sowie den Sturz der Diktatur. Auf diesen Widerstand reagierte die franquistische Machtelite mit massiver Repression: Immer wieder wurde der Ausnahmezustand (1962, 1967, 1969) ausgerufen, tausende Menschen wurden inhaftiert, gefoltert, sexuell missbraucht, verurteilt, verbannt und bis 1975 wurden Todesurteile vollstreckt. Trotz der massiven Repression leisteten die antifranquistischen Bewegungen einen entscheidenden Beitrag für die Beendigung der Diktatur.

Ziel dieses Projektes ist es, die erzählten Lebensrealitäten von ehemaligen Aktivistinnen* aus dem politischen Widerstand gegen die Diktatur während des Spätfranquismus (1960-1977) zu analysieren. Dabei ist die geschlechtssensible Perspektive das Alleinstellungsmerkmal dieses Vorhabens. Geschlecht wird hier als systematische Kategorie zur Erforschung des Franquismus und des politischen Widerstandes in Katalonien in den 1960/70er Jahren angewendet. Grundsätzlich müssen gesellschaftliche Geschlechterkonstruktionen als fundamentale Regelungsverhältnisse verstanden werden, die in alle Gesellschaftsbereiche hineinwirken. Allerdings sind geschlechtsspezifische Dimensionen im Rahmen von politischer Widerstandsforschung gegen

© ARXIU CA LA DONA

Aktivistinnen bei Protesten in Barcelona 1976

autoritäre Militärdiktaturen im 20. Jahrhundert bis heute nur unzureichend berücksichtigt worden. Die Studie will dazu beitragen, diese bestehende Leerstelle exemplarisch anhand des politischen Widerstandes während des Spätfranquismus in Katalonien zu schließen. Ausgangspunkt ist die Hypothese, dass Frauen* während des Franquismus nicht nur mit der Militärdiktatur, sondern gleichzeitig mit einem zutiefst patriarchalen und antifeministischen Gesellschaftssystem konfrontiert waren. Dies fand seinen praktischen Ausdruck in geschlechtsspezifischer Diskriminierung, Unterdrückung, Ausschluss und Repression. Aus diesem Grund wird in ersten geschlechtssensiblen Arbeiten zur Thematik von einer „doppelten Repression" gesprochen, ohne dass dies jedoch bisher von einer qualitativen Studie eingehend verifiziert worden ist.

Erste katalanische Konferenz der Frauen an der Universität Barcelona 1976

In diesem qualitativen Forschungsvorhaben werden subjektiv erzählte Erinnerungen ehemaliger Aktivistinnen* untersucht: Zentral geht es um ihre Erfahrungen und Wahrnehmungen der Wirkungen der hegemonialen autoritärpatriarchalen Mentalität auf ihre damaligen alltäglichen und politischen Lebensrealitäten sowie um ihr widerständiges Denken und Handeln gegen die Diktatur und die patriarchal-antifeministische Gesellschaft. Einbezogen werden dabei als für die Aktivistinnen* wichtige soziale Gruppe ebenso die männerdominierten Widerstandsbewegungen.

Ein weiteres Spezifikum der Studie ist die räumliche Fokussierung auf Katalonien. Teil der Analyse sind der franquistische Antikatalanismus in Form von politischer, kultureller und sprachlicher Repression als auch regionale Besonderheiten des Widerstandes (Bedeutung der katalanischen Identitätskonstruktion).

Das Projekt basiert auf einer qualitativen Feldforschung, für welche folgende Fragestellung leitend ist: Wie gestalteten sich die Lebensrealitäten von Aktivistinnen* – aus der subjektiven und retrospektiven Sicht der Zeitzeuginnen – im antifranquistischen Widerstand in Katalonien in den 1960/70er Jahren? Für die methodische Umsetzung werden 15 narrative Interviews mit ehemaligen Aktivistinnen* geführt und diese mittels der Grounded Theory analysiert. Interpretiert werden diese erhobenen Oral-History-Dokumente unter Einbeziehung primärer, sekundärer sowie sogenannter grauer Literatur (Schriften des antifranquistischen Widerstandes). Die Studie wird von regionalen Wissenschaftlerinnen*, Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen* unterstützt. Zu erwarten ist neues differenziertes Wissen über die Lebensrealitäten antifranquistischer Aktivistinnen*, wobei bedeutende Merkmale weiblichen* Widerstandes in Katalonien im Spätfranquismus herausgearbeitet werden. Die Forschungsergebnisse werden in einer Monographie veröffentlicht. Ein gesellschaftlicher Transfer der Erkenntnisse erfolgt durch eine eigene Internetseite, einen zweiteiligen Podcast sowie öffentliche Veranstaltungen in Deutschland und Katalonien.

Local Peace in Central Eurasia: Studying Peace Formation in Customary and Patronal Contexts

Projektleitung
Dr. Anna Kreikemeyer
Institution
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
Fördersumme
149 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 30 Monate

Dieses Projekt schließt eine Lücke in der Forschung über internationale Interventionen zum Friedensaufbau. Obwohl die Friedensforschung eine Vielzahl von Studien zum Konfliktmanagement, zur Konfliktverhütung und zum Peacebuilding vorgelegt hat, verwendet sie bisher wenig Energie darauf die Friedensfähigkeit lokaler Akteure in ihrem jeweiligen sozio-kulturellen Umfeld systematisch zu erforschen. Gängige Debatten über „das Lokale" erweisen sich sowohl konzeptionell als auch methodisch unzureichend. Viele Forscher:innen scheuen davor zurück Friedensstrategien und -praktiken in nicht-westlichen Kulturen tiefgehender verstehen zu wollen. In der Regel verkennen sie die Potentiale von traditional orientierten Akteuren, die Kraft der Resilienz in der Bevölkerung und die Rolle des Widerstandes von unten. Dies gilt auch und gerade für gewohnheitsrechtliche und patronale Kontexte im post-sowjetischen Zentraleurasien. Hier betrachtet die Forschung Konflikte bisher überwiegend aus staats- und sicherheitsorientierten Perspektiven.

Im Gegensatz dazu geht dieses Friedensforschungsprojekt davon aus, dass in zentraleurasischen Gesellschaften basisdemokratische und informelle Gruppen und Vereinigungen durchaus zum Friedensaufbau von unten beitragen. Wenig erforscht ist freilich, wie sich die Menschen dabei an einheimischen Weltanschauungen, Alltagspraktiken und traditionalen Institutionen orientieren. Bei aller Globalisierung spielen hier auf kommunaler Ebene Harmonieideologien, Gewohnheitsrecht, Religion und Relikte sowjetischen Kommunalismus' wichtige Rollen. Konfliktverhütungsstrategien wie Konfliktvermeidung, gegenseitige Hilfe und Arbeitsteilung sind noch weit verbreitet. Informelle Nachbarschaftsstrukturen, Ältestenräte oder -gerichte und grenzüberschreitende Vertrauensnetzwerke stärken nicht nur den sozialen Zusammenhalt und die soziale Kontrolle vor Ort, sie dienen auch der Selbstverwaltung und Streitschlichtung. Das Projekt öffnet Raum für solche Sichtweisen, Praktiken und Institutionen. Es fragt, ob, wie und warum lokale Akteure in gewohnheitsrechtlichen und patronalen Kontexten in Zentraleurasien aus eigener Kraft zum Frieden beitragen können.

Um diese Schlüsselfragen zu beantworten, arbeitet das Projekt interdisziplinär und verbindet Perspektiven der Sozialanthropologie mit denen der Friedensforschung. Erstere erforschen soziokulturelle Bedeutungen lokalen Handelns durch ethnographische Feldforschung. Dazu gehören langfristige und wiederholte teilnehmende Beobachtungen des Alltagslebens verschiedener Akteure an konkreten Orten, aber auch Interviews, Fokusgruppen und Elemente partizipativer Forschung. An zwei ländlichen und zwei städtischen Standorten in Georgien und Kirgisistan werden Sozialanthropolog:innen aus dem Kaukasus und aus Zentralasien lokale Friedensstrategien untersuchen. Sie werden das Verhalten verschiedener lokaler Akteure in unterschiedlichen Konfliktkonstella-

© MAKALU/PIXABAY

© PETERW1950/PIXABAY

Georgia

tionen (Ressourcenkonflikte, wirtschaftliche Not, ökologische Risiken, Probleme autoritärer Regierungsführung, Einflüsse der Globalisierung) beobachten. Dazu erforschen sie die Denkweisen und Handlungen lokaler Patrone, Ältester, Bürgermeister, Lehrer:innen, lokaler NGOs, Journalist:innen, einflussreicher Frauen und Jugendlicher. Um deren Handlungsfähigkeiten beim Friedensaufbau verstehen zu können, werden zum einen ihre Weltanschauungen, Alltagspraktiken und Institutionen, zum anderen die Rolle verschiedener Machtkonstellationen und der soziale Wandel vor Ort untersucht. So lassen sich Strategien lokaler Friedensförderung wie Resilienz, Anpassung, Anfechtung oder Widerstand identifizieren und typologisieren.

Insgesamt verfolgt das Projekt einen interregionalen kollaborativen Ansatz, der Ungleichgewichte zwischen Europa und Zentraleurasien bei der Wissensproduktion zum Thema Frieden überwinden soll. Das Team integriert daher zwei Nachwuchswissenschaftler:innen aus Zentraleurasien und bezieht die lokale Bevölkerung durch partizipatorische Forschung mit ein. Zum Ende der Projektlaufzeit planen die Forschenden fünf Aufsätze zu publizieren sowie daraus Beiträge zum Wissenstransfer an lokale und politikorientierte Praktiker:innen zu erarbeiten. Diese erwarteten Ergebnisse können Friedensforschungsdebatten über die Rolle des „Lokalen" bei internationalen Interventionen, über Resilienz, über das Potential lokal geführter Initiativen und über Vielfalt beim Friedensaufbau anregen.

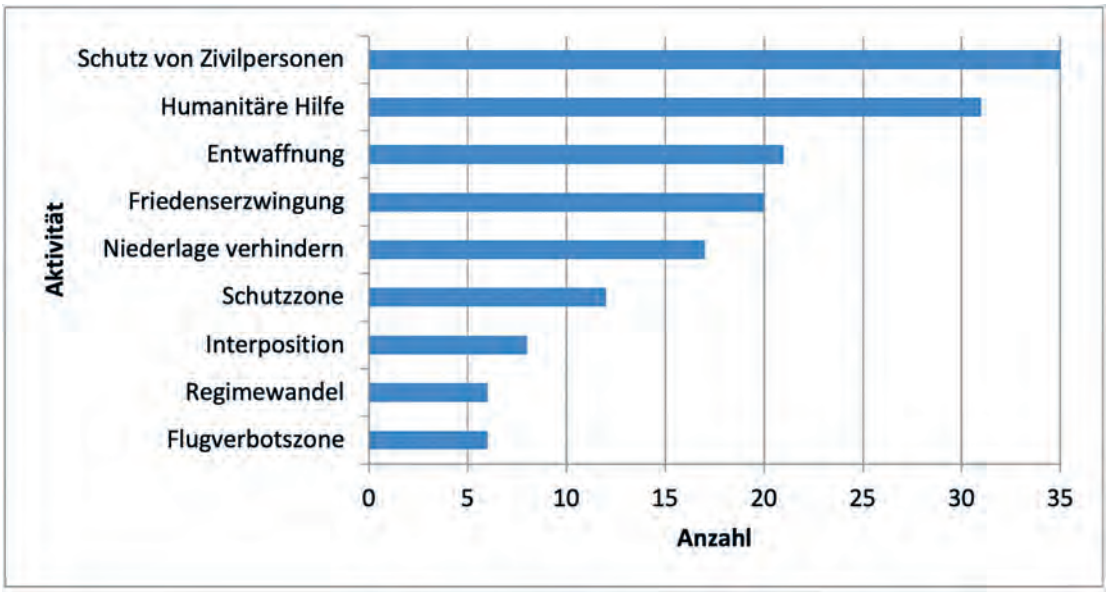
Wirkungen und Wirkungsweisen humanitärer militärischer Interventionen

Projektleitung
Dr. Thorsten Gromes
Institution
Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.
Fördersumme
150 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 30 Monate

Sogenannte humanitäre militärische Interventionen sind in Politik und Forschung hochumstritten. In einer humanitären militärischen Intervention schickt ein Staat oder eine Gruppe von Staaten Truppen in ein anderes Land, die dort militärischen Zwang ausüben oder androhen mit dem erklärten Ziel, Bürgerinnen und Bürger des Ziellands vor bewaffneter Gewalt zu schützen. Solche Einsätze stehen auch unter dem Titel „Schutz von Zivilpersonen" im Rahmen von Friedensmissionen oder der „internationalen Schutzverantwortung." Die Verfechterinnen und Verfechter humanitärer militärischer Interventionen erwarten von solchen Einsätzen, dass sie bewaffnete Konflikte oder Angriffe auf die Zivilbevölkerung stoppen oder zumindest eindämmen. Wie hingegen Kritikerinnen und Kritiker meinen, verfehlen die meisten humanitären militärischen Interventionen die deklarierten Ziele, falls sie diese denn überhaupt aufrichtig verfolgen. Einige sehen einen unauflösbaren Widerspruch zwischen dem behaupteten humanitären Anliegen und den eingesetzten militärischen Mitteln. Immer wieder verkündeten einige Stimmen das Ende humanitärer militärischer Interventionen oder der internationalen Schutzverantwortung. Empirisch zeigt sich ein Auf und Ab in der Zahl dieser Einsätze. Doch selbst der Epochenbruch mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine wird absehbar humanitäre militärische Interventionen nicht irrelevant machen. Das Profilprojekt widmet sich der weiterhin wichtigen Frage, wie sich humanitäre militärische Interventionen auf die Verhältnisse im Zielland auswirken.

© HSFK/PRIF

Screenshot: Der Datensatz zu humanitären militärischen Interventionen, https://www.humanitarian-military-interventions.com



Eigene Darstellung: Aktivitäten im Rahmen der 41 im Datensatz dokumentierten humanitären militärischen Interventionen

Die normative Debatte, ob und wann humanitäre militärische Interventionen legal oder legitim sind, füllt viele Regalmeter, und schon der Begriff „humanitäre militärische Intervention" löst breite Kontroversen aus. Zudem liegen zahlreiche Studien zu einzelnen Einsätzen vor, wobei einige Fälle weit mehr Aufmerksamkeit erfahren als andere. Allerdings mangelt es bis heute an vergleichenden Studien zu Wirkungen und Wirkungsweisen humanitärer militärischer Interventionen. Hier setzt das Profilprojekt an. Es nutzt den Datensatz der humanitären militärischen Interventionen, der mit Förderung der Deutschen Stiftung Friedensfoschung an der HSFK erstellt wurde.

Das Profilprojekt untersucht erstens, wie sich humanitäre militärische Interventionen durchschnittlich auf Dauer und Intensität von akuten Gewaltkonflikten auswirken. Intensität ist das Ausmaß tödlicher Gewalt durch Kämpfe oder Angriffe auf Zivilpersonen. Hier nutzt das Projekt quantitative Verfahren und vergleicht die humanitären militärischen Interventionen mit einer zu erstellenden, gleichartigen Kontrollgruppe von Gewaltkonflikten ohne solches Eingreifen. Auf diese Weise geht es der Frage nach, ob Gewaltkonflikte mit einer humanitären militärischen Intervention im Allgemeinen mehr oder weniger Todesopfer fordern oder länger oder kürzer dauern als Konflikte ohne solche Einsätze.

Das Projekt ermittelt zweitens die Bedingungen, unter denen humanitäre militärische Interventionen mit einem Ende oder Nachlassen oder mit einer Verstetigung oder Eskalation tödlicher Gewalt einhergehen. Dafür vergleicht es mit einer qualitativen Methode systematisch die humanitären militärischen Interventionen miteinander.

Mit den quantitativen und qualitativen Vergleichen erhebt das Projekt, was während der Interventionen geschieht, ohne dabei direkt nachweisen zu können, dass dies aufgrund der Interventionen erfolgt. Ergänzende Fallstudien klären daher, wieweit sich die beobachteten Veränderungen auf die humanitären militärischen Interventionen zurückführen lassen.

Das multi-methodisch angelegte Projekt trägt zur Evaluation dieser Kategorie von Auslandseinsätzen bei. Es verspricht Orientierungswissen für politische Entscheidungen, ob in einem Gewaltkonflikt überhaupt eine humanitäre militä-

rische Intervention erfolgen soll. Es soll Einsichten dazu liefern, welche Ausgestaltungen des Einsatzes und welche Kontextfaktoren zur Eskalation oder Verlängerung des Konflikts führen oder mit einem Ende oder Rückgang der tödlichen Gewalt einhergehen. Die Projektergebnisse sollen in akademischen Publikationen erscheinen, aufgrund ihrer hohen gesellschaftlichen Relevanz aber auch in Formaten präsentiert werden, die sich an eine breite interessierte Öffentlichkeit richten.

Projekte in der thematischen Förderung im Jahr 2022

Im Förderbereich 3 schrieb die Stiftung im Oktober 2021 die thematische Förderlinie „Ambivalenzen der Digitalisierung für Frieden und Sicherheit" aus. Die Förderlinie wurde durch eine Zuwendung aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt.

Bei der Geschäftsstelle der DSF gingen insgesamt 13 Anträge auf Projektförderung ein, die das Schwerpunktthema aus sehr unterschiedlichen Perspektiven beleuchteten. Hierunter befanden sich fünf Pilotprojekte, sieben Profilprojekte und ein Forschungsnetzwerk. Das Antragsvolumen belief sich auf eine Gesamtsumme von 1,3 Mio. Euro ein. Die Stiftung nahm nach Abschluss der Begutachtungsverfahren fünf Forschungsvorhaben in die Förderung auf:

PILOTPROJEKT

Peacekeeping: Ambivalenzen digitaler Kommunikationsstrategien der UN Mission in South Sudan (UNMISS)
Dr. Julia Leib, Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig

The Cyber Normative Power of the Factual: How States Shape Cyber Norms Through Actions
Alexandra Paulus und Dr. Sven Herpig, Stiftung Neue Verantwortung e.V., Berlin

Narrative des Tech War: Technologische Konkurrenz und internationale Konfliktdynamiken im Dreieck US-China-EU
Dr. Daniel Lambach, Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Kai Oppermann, Institut für Politikwissenschaft, TU Chemnitz

PROFILPROJEKT

Data-driven Analysis of Hate Speech on German Twitter and the Effects of Regulation
Prof. Dr. Heiko Paulheim, School of Business Informatics and Mathematics, Universität Mannheim, Raphaela Andres, Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

Citizen-based Monitoring for Peace & Security in the Era of Synthetic Media and Deepfakes
Prof. Dr. Felix Biessmann, Berliner Hochschule für Technik

Peacekeeping: Ambivalenzen digitaler Kommunikationsstrategien der UN Mission in South Sudan (UNMISS)

Projektleitung
Dr. Julia Leib
Institution
Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft
Fördersumme
29 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 12 Monate

Friedensmissionen der Vereinten Nationen (VN) operieren in einem Umfeld, das heute gefährlicher ist als je zuvor und werden zunehmend Opfer von gezielten Desinformationskampagnen. Um ihre Mandate dennoch erfolgreich umzusetzen, nutzen die VN verstärkt strategische Kommunikation, mit dem Ziel, Vertrauen sowie politische und öffentliche Unterstützung für ihre Friedensmissionen herzustellen. Die Digitalisierung eröffnet dabei neue Möglichkeiten der Kommunikation und Partizipation mit der lokalen Bevölkerung, da den VN mit sozialen Medien ein Kommunikationsinstrument zur Verfügung steht, um sich direkt an die Öffentlichkeit zu wenden und die Legitimität ihrer Friedensmissionen zu erhöhen. Die strategische (digitale) Kommunikation von VN Friedensmissionen mit verschiedenen Interessengruppen und der Öffentlichkeit ist vor allem in Krisenzeiten wichtig, um Vertrauen aufzubauen, die notwenige Unterstützung für die Mission zu erhalten und potentielle Spoiler abzuschrecken.

Durch soziale Medien und Corporate Branding beeinflussen die VN aktiv die öffentliche Wahrnehmung ihrer Legitimität. Es ist jedoch wenig über die Rolle sozialer Medien bei der Konfliktprävention und Unterstützung von Friedensmissionen bekannt, was auch auf einen Mangel an Daten und geeigneten Analyseinstrumenten für digitale Kommunikationsmuster zurückzuführen ist. Die Pilotstudie betritt daher Neuland in der Analyse strategischer Kommunikation von Friedensmissionen in sozialen Medien und verbindet Forschungsansätze zur Legitimation und lokalen Inklusion von Friedensmissionen mit Arbeiten im Bereich Digital Diplomacy und strategischer Kommunikation.

Mit Blick auf die Nutzung sozialer Medien durch die VN Friedensmission im Südsudan (UN-MISS) untersucht die Pilotstudie digitale Kommunikationsmuster als Mittel der Selbstlegitimation der VN im Bereich Frieden und Sicherheit und gibt Einblicke, wann und wie soziale Medien von Friedensmissionen als strategisches Legitimati-

© UNITED NATIONS MISSION IN SOUTH SUDAN

onsinstrument und zur „Friedenspropaganda“ eingesetzt werden. Das primäre Forschungsziel ist daher die Beantwortung der folgenden Fragestellungen: Welche Kommunikations- und Legitimationsstrategien nutzt UNMISS in sozialen Medien, um die generelle Akzeptanz der Mission zu erhöhen und die lokale Öffentlichkeit in den Friedensprozess einzubeziehen? Und unter welchen Rahmenbedingungen bilden sich diese Kommunikations- und Legitimationsmuster?

© LEIB, EIGENE DARSTELLUNG

Ziel ist es, ein genaues Verständnis der Art und Weise zu erlangen, wie UNMISS soziale Medien zur Kommunikation und Legitimation nutzt, indem (1) Daten in sozialen Medien zu den Aktivitäten von UNMISS gesammelt werden und diese Social-Media-Kommunikation nach einem Analyseraster kodiert wird; (2) Rahmenbedingungen, die bestimmte Kommunikationsmuster von UNMISS beeinflussen, analysiert werden; und (3) die Ergebnisse durch Interviews konkretisiert und validiert werden. Die Umsetzung der Pilotstudie basiert auf einem Multi-Methoden-Design, das Inhaltsanalyse, Qualitative Comparative Analysis (QCA) und Expert:inneninterviews miteinander kombiniert. Einzelne Facebook Beiträge von UNMISS werden als Artefakte sozialer Kommunikation interpretiert und im Hinblick auf ihre Worte, Bedeutung und Framing betrachtet. Genauer gesagt werden die Beiträge bezogen auf ihren Inhalt (was wird gepostet), ihren Zweck (warum wird gepostet), ihr beabsichtigtes Publikum (wer ist die Zielgruppe) und das projizierte Selbstbild der Mission interpretiert.

Die Originalität liegt dabei in der Entwicklung eines Analyserahmens für partizipative und inklusive Kommunikationsstrategien von VN Friedensmissionen in sozialen Medien und dessen empirische Überprüfung. Ziel ist es, relevante Informationen zu digitalen Kommunikationsmustern von Friedensmissionen bereitzustellen und deren Potenzial für lokalen Dialog in einem interdisziplinären Ansatz zu untersuchen. Die Pilotstudie liefert somit auch die analytische Voraussetzung für zukünftige Forschung zur „partizipativen Friedenssicherung“ in der die lokale Bevölkerung durch soziale Medien eingebunden wird und Verantwortung für den Friedensprozess übernimmt.

Die Pilotstudie wird zu wichtigen Erkenntnissen darüber führen, wann und wie soziale Medien von Friedensmissionen als strategisches Instrument zur Selbstlegitimation genutzt werden. Die Nutzung sozialer Medien birgt jedoch auch das Risiko auf eine propagandistische Funktion beschränkt zu sein, anstatt einen wechselseitigen Kommunikationskanal zu schaffen. Die Pilotstudie beleuchtet daher auch die Ambivalenzen in der Nutzung sozialer Medien zur Friedensförderung und untersucht Grenzen und Probleme in der Beeinflussung innergesellschaftlicher Konfliktdynamiken. Neben dem akademischen Mehrwert wird das Verständnis darüber, wie soziale Medien zur Kommunikation friedensfördernder Maßnahmen genutzt werden, auch zur Formulierung politischer Empfehlungen führen, wie Kommunikationsstrategien angepasst werden können, um internationale Friedensmissionen zu unterstützen und die lokale Bevölkerung stärker in Friedensprozesse zu integrieren.

Die cyber-normative Macht des Faktischen: Wie Staaten durch ihr Handeln Cyber-Normen prägen

Projektleitung
Dr. Sven Herpig und
Dr. Alexandra Paulus
Institution
Stiftung Neue Verantwortung e.V., Berlin
Fördersumme
50 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 12 Monate

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) eröffnen neue Möglichkeiten für internationale Zusammenarbeit, können aber auch, wenn missbräuchlich genutzt, erhebliche Herausforderungen für internationalen Frieden und Sicherheit darstellen. Einen Orientierungsrahmen für staatliches Handeln können Cyber-Normen darstellen, also gemeinsame Erwartungen über die (un-)angemessene staatliche Nutzung von IKT. Wie sich solche Normen in diplomatischen Kreisen wie den Vereinten Nationen (UN) entwickeln, wurde schon intensiv erforscht. Im Gegensatz dazu gibt es bisher wenig Erkenntnisse darüber, wie sich Cyber-Normen durch staatliches Handeln, sogenannte Staatenpraxis, herausbilden. Um diese Lücke zu schließen, führen die Wissenschaftler:innen dieses Pilotprojekts Konzepte aus den Internationalen Beziehungen, besonders der Normenforschung und der Praxistheorie, und dem Völkerrecht mit empirischen Daten über Staatenpraxis zusammen. So können sie die „cyber-normative Macht des Faktischen" untersuchen, also wie sich Cyber-Normen durch staatliches Handeln entwickeln.

Konkret nehmen die Wissenschaftler:innen dafür das Politikinstrument der direkten öffentlichen politischen Zuschreibung von Cyberoperationen in den Blick. Mit einer sogenannten Attribuierung (engl. 'attribution') schreiben Staaten eine oder mehrere Cyberoperationen ihren Urheber:innen zu. Solche Zuschreibungen waren lange selten. Doch seit einiger Zeit führen immer mehr Staaten direkte öffentliche politische Zuschreibungen durch. Gleichzeitig steht das Thema nicht im Fokus diplomatisch ausgehandelter Cyber-Normen. Daher ist dieses Thema gut geeignet, um die Herausbildung von normativen Vorstellungen durch staatliches Handeln zu erforschen. In dem Projekt untersuchen die Wissenschaftler:innen deshalb, ob sich durch die Staatenpraxis der direkten öffentlichen politischen Zuschreibung von Cyberoperationen neue Normen herausbilden.

Um diese Forschungsfrage zu beantworten, analysiert die Stiftung Neue Verantwortung (SNV) in Fallstudien die Staatenpraxis ausgewählter Länder im Bereich der direkten öffentlichen politischen Zuschreibung. Im Fokus der Analyse steht dabei, welche normativen Vorstellungen diese Staatenpraxis zum Ausdruck bringen und verbreiten soll. Für die Analyse hat die SNV vier Staaten und einen Staatenverbund ausgewählt, die bereits zahlreiche Zuschreibungen vorgenommen haben: Australien, Deutschland, die Europäische Union (EU), Japan und die USA. Diese Fallauswahl deckt verschiedene Weltregionen ab, auch wenn alle Staaten dem „westlichen" Lager zuzurechnen sind und daher vermutlich ähnliche normative Vorstellungen teilen („like-minded states"). Für jeden dieser fünf Fälle werden vier Fragen untersucht:

1. Welche Cyberoperationen haben die ausgewählten Staaten oder der Staatenverbund öffentlich zugeschrieben?

2. Wie wurde die Zuschreibung kommuniziert und begründet?

3. Inwiefern wurden andere Staaten in den Prozess miteinbezogen?

4. Wie wurde die Attribuierung von anderen Staaten wahrgenommen?

Aus diesen Erkenntnissen können die Wissenschaftler:innen anschließend ableiten, ob die öffentlichen Zuschreibungen tatsächlich eine „normative Kraft des Faktischen" entwickeln.

Für die Umsetzung des Pilotprojekts wendet die SNV ihre Methodik für internationale Projekte an. Dabei werden Erkenntnisse durch einen kollaborativen Prozess generiert, der alle beteiligten Stakeholder-Gruppen mit einbezieht. Grundlage bilden ein Recherche-Sprint (Literaturrecherche und Sichtung von Datensätzen) und semi-explorative Expert:inneninterviews. Anschließend wird eine internationale, interdisziplinäre Expert:innenarbeitsgruppe aufgestellt. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe nehmen an länderspezifischen Forschungs- und Validierungsworkshops teil, um Hypothesen zum Forschungsthema zu testen und gemeinsam Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Die Forschungsergebnisse werden in einer SNV-Veröffentlichung festgehalten, die von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe einem Peer-Review-Prozess unterzogen wird.

Insgesamt ermöglicht das Projekt ein umfassenderes Verständnis davon, wie sich Cyber-Normen auch durch staatliches Handeln in der Praxis entwickeln. Dies ist besonders in Zeiten geopolitischer Differenzen relevant, in denen multilaterale Foren zur Aushandlung von Cyber-Normen an Problemlösungskraft verlieren können. Denn unter solchen Umständen wird es wahrscheinlicher, dass Staaten ihre Vorstellungen über (un)angemessenes Verhalten direkt durch ihr Handeln zum Ausdruck bringen. Gleichzeitig trägt das ausgewählte Beispiel der direkten öffentlichen politischen Zuschreibung von Cyberoperationen zu einem besseren Verständnis dieses Politikinstruments bei. Da Staaten üblicherweise Zuschreibungen gegenüber Staaten durchführen, die nicht zu ihren Verbündeten zählen, bilden diese Erkenntnisse auch die Grundlage für Einblicke in Konfliktprävention und -management.

Narrative des Tech War: Technologische Konkurrenz und internationale Konfliktdynamiken im Dreieck US-China-EU

Projektleitung
Dr. Daniel Lambach und
Prof. Dr. Kai Oppermann
Institution
Institut für Frieden und Entwicklung der Universität Duisburg-Essen und TU Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft
Fördersumme
49 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 12 Monate

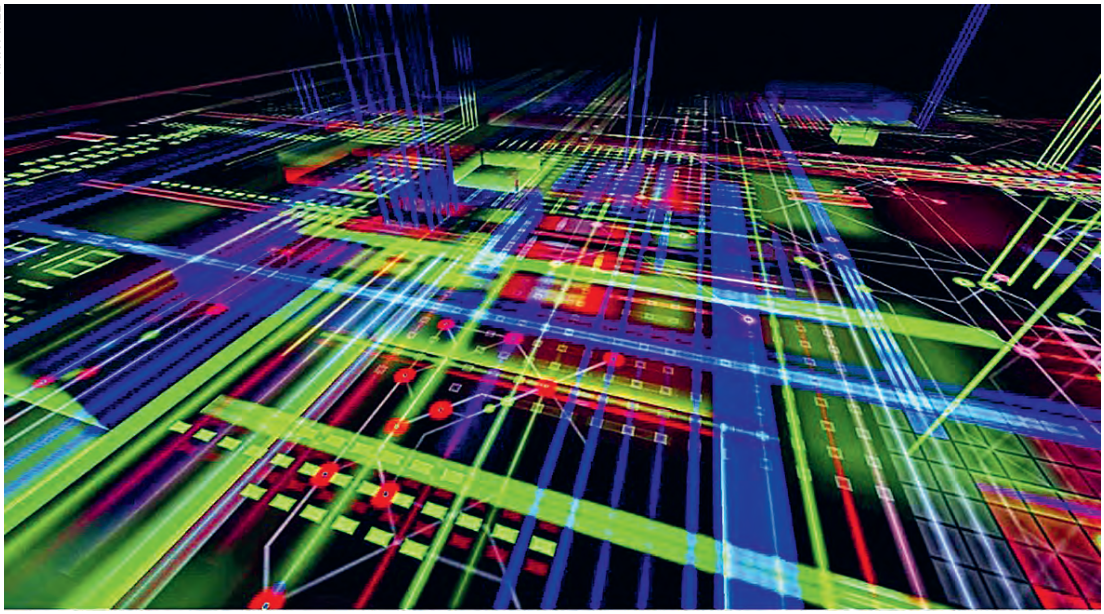
2017 sagte der russische Präsident Wladimir Putin, dass Künstliche Intelligenz (KI) die Zukunft bestimmen werde – wer in dieser Technologie führend sei, werde die Welt beherrschen. Seitdem gibt es verbreitete Diskussionen um einen „KI-Rüstungswettlauf", mit dem nicht nur die Dynamiken autonomer Waffensysteme gemeint sind, sondern die KI-Technologieführerschaft allgemein. KI-Technologie ist damit ein Paradebeispiel für einen breiteren Trend, in dem Großmächte in der neuen Ära der great power politics um Dominanz über technologische Innovation konkurrieren. High Tech ist dabei sowohl Machtmittel als auch Statussymbol. Zwar ist dies historisch nichts Einmaliges – man erinnere sich noch an den „Sputnik-Schock" – allerdings ist die Rhetorik deutlich schärfer als sie es seit Jahrzehnten war.

Das Forschungsvorhaben möchte die internationalen Konfliktpotentiale des digitalen „Tech War" zwischen den USA, China und der EU analysieren. Dazu sollen die vorherrschenden Interpretationen der digitalen Technologiekonkurrenz in der Interaktion zwischen den USA, China und der EU herausgearbeitet und dadurch deren sicherheitspolitische Implikationen und mögliche Eskalationsdynamiken aufgezeigt werden. Zwar sind die USA und China die eindeutig wichtigeren Akteure in diesem Feld, es soll jedoch auch ein besonderes Augenmerk auf die EU gerichtet werden. Konkret geht es darum, wie sich die EU angesichts der zunehmenden US-chinesischen Spannungen verortet und welche politischen Positionen und Strategien sie daraus ableitet.

Das Projekt geht methodisch davon aus, dass die sicherheitspolitische Bedeutung der digitalen Technologiekonkurrenz zwischen den Großmächten im politischen Diskurs konstruiert wird. Die Auswirkungen dieser Konkurrenz für Frieden und internationale Sicherheit sind keine objektiven Sachzwänge, sondern erwachsen aus den Deutungsmustern der handelnden Akteure. Aus diesem Grund wählt das Projekt einen narrativanalytischen Zugang, der diese Deutungsmuster durch die Rekonstruktionen von politischen Erzählungen sichtbar machen kann. Hierzu sollen einschlägige Strategie- und Positionspapiere, ergänzt durch Analysen von Think Tanks und Einschätzungen von Expert:innen, ausgewertet werden.

Dies erfolgt aus zweierlei Erwägungen: Erstens sind Narrative konstitutiv für politische Diskurse und die darin erfolgenden intersubjektiven Bedeutungszuweisungen. Zweitens bietet die Narrativanalyse einen strukturierten und innovativen Zugang für die wissenschaftliche Untersuchung politischer Diskurse. Für das bewilligte Pilotprojekt soll auf diese Weise zunächst der Bereich Künstliche Intelligenz als paradigmatische Fallstudie untersucht werden, von der wir uns außerdem Hinweise für die im Gesamtprojekt beabsichtigte Analyse weiterer digitaler Technologiefelder versprechen.

Das Forschungsvorhaben schließt eine Lücke in der bisherigen sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema, die ihren Blick vor allem auf die materielle Dimension der Großmächterivalität im Bereich digitaler Technologien gerichtet hat. Im Gegensatz dazu ver-



spricht der sozialkonstruktivistische Zugang des Projekts neue Erkenntnisse über künftige Konfliktlinien im Dreieck USA-China-EU, die sich nicht anhand der materiellen Aspekte der digitalen Technologiekonkurrenz erschließen, sondern durch die jeweiligen politischen Deutungen dieser Konkurrenz bedingt sind. Zum anderen erarbeitet das Projekt Anknüpfungspunkte für breiter angelegte Diskursanalysen zum aufziehenden Systemkonflikt zwischen den USA und China.

Die Relevanz des Forschungsvorhabens für die friedenswissenschaftliche Politikberatung besteht darin, dass es ein neues Licht auf die Bedeutung digitaler Technologien als Arena und Gegenstand internationaler Konflikte wirft, nicht zuletzt in den Beziehungen zwischen den Großmächten. Das Projekt zeigt, dass sich die Auswirkungen der Digitalisierung für Frieden und Sicherheit nicht allein aus der Materialität digitaler Technologien oder ihren praktischen Auswirkungen ergeben, sondern dass internationale Konflikte ebenso durch die diesen Technologien politisch zugeschriebene Bedeutung, zum Beispiel mit Blick auf Status, Reputation oder strategische Autonomie in der internationalen Politik, bedingt oder verschärft werden können. Darüber hinaus und allgemeiner regt das Projekt an, bei der Politikberatung die Aufmerksamkeit von Entscheidungsträgern auf die Bedeutung politischer Narrative für internationale Konflikte und Sicherheitsbedrohungen zu lenken. Um diese Ideen zu verbreiten, setzt das Projekt auf eine transparente Arbeitsweise, die in Blogs und sozialen Medien offengelegt wird. Außerdem sollen Ergebnisse auf vielfältige Weise verbreitet werden.

Data-driven Analysis of Hate Speech on German Twitter and the Effects of Regulation

Projektleitung
Prof. Dr. Heiko Paulheim und Raphaela Andres
Institution
Universität Mannheim und ZEW Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH
Fördersumme
141 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 30 Monate

Soziale Medien sind in jüngster Zeit für viele Menschen zu einem der wichtigsten Informationskanäle geworden. In Deutschland ist der Anteil der Personen, die soziale Medien als Informationsquelle nutzen, von 2013 bis 2020 stetig gestiegen und erreichte im April 2020 fast 40%. In jüngster Zeit dürften diese Zahlen noch gestiegen sein; insbesondere während der Corona-Pandemie beziehen viele Menschen ihre Informationen auch oder überwiegend aus sozialen Medien.

Soziale Medien bieten neue Möglichkeiten für soziale Interaktionen und politische Partizipation. Inhalte können in Echtzeit, mit wenig Aufwand, mit geringen Kosten und anonym geteilt werden, und potenziell ein weltweites Publikum erreichen. Gleichzeitig fehlen konsequente Moderation und zuverlässige Kontrollmechanismen, wodurch Soziale Medien die Verbreitung von extremistischem Gedankengut und aggressiven oder belästigenden Inhalten erleichtern. Der weithin bekannte Begriff „Hate Speech" beschreibt in diesem Zusammenhang die aggressiven, abwertenden oder menschenverachtenden Äußerungen gegenüber Einzelpersonen oder Menschen, die bestimmten Gruppen zugeordnet werden. Hate Speech kann sich auf Merkmale wie z.B. Hautfarbe, Herkunft, Sexualität, Geschlecht, Alter, Behinderung oder die Religion von Menschen beziehen.

Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage in Deutschland aus dem Jahr 2019 gaben mehr als 70 Prozent der Befragten an, schon einmal mit Hate Speech im Internet konfrontiert worden zu sein, und dieser Anteil dürfte seither noch weiter gestiegen sein. Die Begegnung mit Online-Hass hat nicht nur negative Folgen für die Betroffenen selbst (z.B. emotionaler Stress, Angst und Rufschädigung), sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes: Es hat sich gezeigt, dass Online-Hate-Speech zu weiteren negativen Folgen in der nicht-virtuellen Welt führt, z. B. zu sozialer Spaltung und fremdenfeindlichen Angriffen.

Um die Verbreitung von Hate Speech im Internet einzudämmen, hat die deutsche Regierung im Oktober 2017 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) eingeführt. Dieses Gesetz verpflichtet soziale Plattformen mit mehr als 2 Millionen Nutzern in Deutschland dazu, Beiträge und Kommentare mit eindeutig hasserfüllten oder beleidigenden Inhalten innerhalb von 24 Stunden nach ihrer Meldung zu löschen.

Wie häufig eine solche Löschung tatsächlich binnen dieser Zeit vollzogen wird und wie effektiv das NetzDG tatsächlich in der Bekämpfung von Hate Speech ist, ist dabei jedoch nicht bekannt, da empirische Erhebungen auf Basis echter Daten hierzu bislang fehlen. Mit diesem Projekt möchten wir diese Wissenslücke schließen und die Frage beantworten, inwieweit das NetzDG tatsächlich hilft, Hate Speech in sozialen Medien effektiv einzudämmen.

Im Rahmen des Projektes werden wir uns auf das soziale Medium Twitter konzentrieren, das einen umfangreichen Zugang zu seinen Daten für Forschungszwecke ermöglicht. Wir planen die automatische Sammlung einer großen Menge an Beiträgen sowie die Analyse dieser Texte mit Hilfe von Methoden der künstlichen Intelligenz. Zu diesem Zweck wird ein selbstlernen-

© UNIVERSITIY OF MANNHEIM

des Textklassifikationssystem darauf trainiert, Beiträge, die Hate Speech enthalten, automatisch zu erkennen.

Mit Hilfe der gesammelten Daten wollen wir ermitteln, inwiefern und wie schnell Beiträge mit Hate Speech tatsächlich gelöscht werden (der Forschungszugang von Twitter ermöglicht dabei auch den Zugriff auf Inhalte, die aufgrund des NetzDG in Deutschland nicht angezeigt werden). Hier sind zwei Betrachtungen relevant. Zum einen wollen wir mit Hilfe der Datensammlung das Löschverhalten von Twitter analysieren und betrachten, inwieweit die Nicht-Anzeige von Beiträgen auf Twitter eine konforme Umsetzung des NetzDG darstellt. Zum anderen wollen wir analysieren, wie sich Inhalte mit Hate Speech verbreiten und ob die Löschung dazu führt, dass Beiträge mit Hate Speech eine signifikant geringere Reichweite erzielen. Da Twitter ein schnelllebiges Medium ist, kann ein Beitrag mit Hate Speech innerhalb einer Löschfrist von 24 Stunden dennoch viele Nutzer:innen erreichen.

Darüber hinaus sind weitere Betrachtungen geplant, etwa, ob der Löschalgorithmus von Twitter neutral ist oder ob bestimmte Arten von Hate Speech, etwa nach Thema und politischer Gesinnung, ungleich behandelt werden.

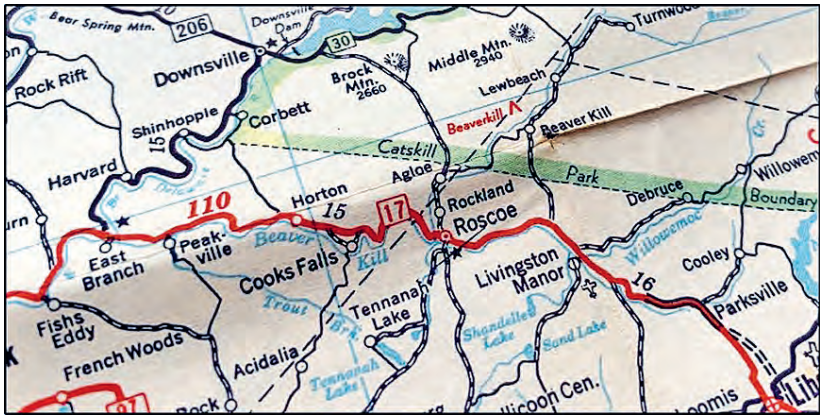
Seit dem Zeitpunkt der Antragstellung hat es einige neue Entwicklungen gegeben, die den Schwerpunkt des Projekts leicht verändern könnten. Angesichts des Einflusses des militärischen Konflikts in der Ukraine standen Social-Media-Plattformen vor der Herausforderung, Regeln für den Umgang mit Hate Speech im Kontext eines andauernden militärischen Konflikts einzuführen. Twitter hat auf diese Herausforderung mit der Initiierung einer neuen Richtlinie, insbesondere im Hinblick auf Fake-News, reagiert, welche aber auch in Bezug auf Hate-Speech Beiträge Bedeutung erlangen könnte. Zudem gab es seit der Übernahme von Twitter durch Elon Musk radikale Veränderungen im Unternehmen, die sich auch auf den Umgang mit Hate Speech auswirken könnten. Darüber hinaus werden wir bei der Betrachtung von Themen, die Hate Speech beinhalten können, auch aktuelle Themen mit hohem Polarisierungspotenzial, wie z.B. den oben genannten Krieg in der Ukraine sowie neue Protestformen im Klimaaktivismus, untersuchen.

Citizen-based Monitoring for Peace & Security in the Era of Synthetic Media and Deepfake

Projektleitung
Prof. Dr. Felix Biessmann
Institution
Berliner Hochschule für Technik
Fördersumme
150 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 30 Monate

Zwei Trends haben durch technologische Fortschritte in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen: Partizipation von Bürger:innen durch neue digitale Plattformen und Demokratisierung von Künstlicher Intelligenz (KI). Die Wechselwirkung und Synergien dieser beiden Aspekte werden in unserem Forschungsprojekt am Beispiel der gesellschaftlichen Verifikation untersucht. Im Projekt „Citizen-based Monitoring for Peace & Security in the Era of Synthetic Media and Deepfakes" untersuchen Vy Nguyen, Prof. Dr. Felix Bießmann (Berliner Hochschule für Technik), Prof. Dr. Rebecca D. Frank (University of Tennessee, Knoxville) und Prof. Dr. Alexander Glaser (Princeton University) die mögliche Rolle von Open Science/Citizen Science Ansätzen für Verifikation und Monitoring für Frieden und Sicherheit.

Die Idee der gesellschaftlichen Verifikation wird im Rahmen der nuklearen Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung bereits seit den 1950er Jahren diskutiert. Der offene Zugang zu Satellitenbildern mit immer höherer optischer Auflösung hat in den letzten 25 Jahren neue Perspektiven eröffnet, eine solche Vision tatsächlich umzusetzen – oder zumindest deren Chancen und Grenzen besser zu verstehen. Große Satellitenkonstellationen können jeden Ort der Erde mehrmals am Tag aufnehmen, so dass es immer schwieriger wird, relevante Aktivitäten über längere Zeit zu verbergen. Zahlreiche Beispiele aus den Bereichen der Archäologie, dem Umweltmonitoring und der humanitären Hilfe illustrieren das Potential. So versuchen zum Beispiel Initiativen wie climatetrace.org, globale CO2 Emissionen mithilfe von Satellitenbildern unabhängig von Regierungsangaben abzuschätzen. Die Rolle von Satelliten zur Unterstützung der nuklearen Verifikation wurde bereits eingehend untersucht, insbesondere auch in Projekten, die durch die DSF gefördert wurden [Beumer und Niemeyer].



© PROJEKTTEAM

Misinformation in der analogen Ära. Um belegen zu können, dass Landkarten unerlaubt kopiert werden, haben Herausgeber solcher Karten gezielt falsche, aber harmlose Details mit in Karten aufgenommen. Auf dieser Landkarte aus dem Jahr 1955 ist die Gemeinde „Agloe" im Bundesstaat New York zu sehen. Agloe hat tatsächlich aber nie existiert und taucht bis heute noch vereinzelt in Karten auf.

Dieses Projekt baut auf diese Arbeiten auf, betont in diesem Zusammenhang aber die Bedeutung von KI und die damit einhergehenden Ambivalenzen der Digitalisierung. Synthetische Medien und Satellitenbilder sind hier aus zwei

© VY NGUYEN, PROJEKTTEAM

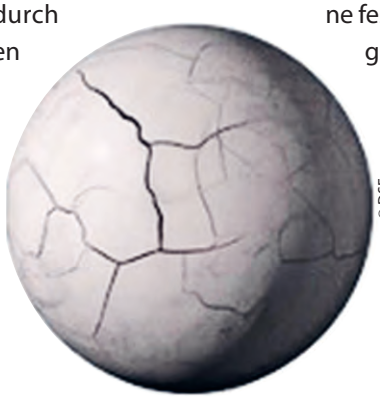
Synthetisch erzeugte Satellitenaufnahmen. Die hier gezeigten Bilder wurden mithilfe von Deep Learning Verfahren generiert. Dabei wurde Stable Diffusion, ein großes Text-to-Image-Modell, mit der DreamBooth-Methode auf Bildern eines nuklearen Kernkraftwerks weiter trainiert. Durch einfache Texteingaben wie „an aerial view of a [*] nuclear power plant" und zusätzlichen Schlagwörtern wie bspw. „landsat", „by esa" und „satellite photo" können automatisiert Bilder dieses Objektes „[*]" erzeugt werden. Entwicklungen im Bereich generativer Deep-Learning Methoden erlauben es also, mit Text-to-Image-Methoden (wie DALL-E, Imagen oder eben Stable Diffusion) fotorealistische Bilder mit beliebigen Inhalten zu erzeugen. Ziel ist es dabei, Bilder in unterschiedlichen Kontexten und von diversen Subjekten mit vergleichsweise wenig Aufwand zu erzeugen. Mit diesen Bildern können dann Algorithmen trainiert oder konkrete Überwachungsszenarien entwickelt und untersucht werden.

Gründen von besonderem Interesse: Zum einen können künstlich erzeugte Bilder das Training von Algorithmen zur Änderungsdetektion erheblich verbessern. Ein wesentliches Dilemma traditioneller Verfahren besteht darin, dass relativ wenige Beispiele relevanter Anlagen (und entsprechend wenig Satellitenbilder) existieren. Außerdem können mit synthetischen Daten Szenarien unter kontrollierten Bedingungen untersucht werden, etwa im Hinblick auf ihr Potential für Open Science Verifikationsansätze, wenn echte Daten nicht zur Verfügung stehen, aus technischen, rechtlichen oder finanziellen Gründen. So würde z.B. ein einziges Mosaik einer Region der Fläche Deutschlands bis zu drei Millionen U.S. Dollar kosten, auch wenn großzügige Rabatte für Nichtregierungsorganisationen eingerechnet sind [Cornebise].

Die einfachere Benutzung immer komplexerer KI Modelle birgt jedoch auch Risiken: Wenn scheinbar authentische digitale Inhalte nach Belieben erzeugt werden können, verdienen Fragen der Datenauthentifizierung eine sorgfältige und systematische Analyse. Besonderes Augenmerk werden wir daher auf die Gefahren von Desinformation und sogenannten Deep-Fakes legen, also mit KI Methoden generierten synthetischen Bildfälschungen. Eine wichtige Forschungsfrage, der sich das Projekt widmet, ist: Wie einfach ist es, authentische Satellitenbilder zu erzeugen? Daraus ergeben sich allgemeinere ethische Fragen im Zusammenhang mit raumzeitlich hochaufgelösten Satellitenbildern, sowie mögliche Schutzmaßnahmen, die Citizen Science zu einem praktikablen und robusten Instrument zur Unterstützung von Frieden und Sicherheit machen könnten.

Neuausschreibung einer thematischen Förderlinie

Im Oktober 2022 schrieb die Stiftung eine weitere thematische Förderlinie aus. Vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen militärischen Angriffs Russlands auf die Ukraine fiel die Entscheidung, die Folgen dieses Krieges für die Region und die internationale Friedens- und Sicherheitspolitik zum Thema der Ausschreibung zu machen. Hierdurch sollen die Forschungskapazitäten zum Thema in der Friedens- und Konfliktforschung gestärkt und zudem die Kooperation mit angrenzenden Forschungsfeldern, vor allem der Osteuropaforschung, unterstützt werden. Erstmals bot die Stiftung das Förderformat des Kooperationsprojektes mit einer Fördersumme von bis zu 300 Tsd. Euro an, um die institutionelle und interdisziplinäre Forschungskooperation gezielt zu fördern. Darüber hinaus können kleinere Projekte mit einem Betrag von bis zu 50 Tsd. Euro ohne Terminbindung beantragt werden. Eine fester Antragstermin (1. März 2023) gilt somit nur für Profil- und Kooperationsprojekte.



Symbol der Förderlinie

Das BMBF stimmte zu, die bereits laufende Zuwendung für die Förderlinien um 700 Tsd. Euro für diesen Zweck aufzustocken.

Strategietagung in der Fachdisziplin Sozialpsychologie

Außerhalb des Förderkonzeptes stehen der Stiftung aus der Zuwendung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanzielle Mittel für ein Fördermodul strategische Vernetzung und Wissenschaftskommunikation zur Verfügung. Ziel dieses zusätzlichen Förderangebot ist es, Fachdisziplinen, die nicht in den Kerndisziplinen und -institutionen der Friedens- und Konfliktforschung angesiedelt oder strukturell z. B. über Professuren mit einschlägiger Denomination verankert sind, stärker in das Forschungsfeld einzubinden. Hiermit greift die DSF eine entsprechende Empfehlung der Wissenschaftsratsevaluation auf. Die Stiftung will mit dem Fördermodul neue Impulse für Forschungskooperationen und Netzwerkbildungen wie auch zur Entwicklung innovativer Projektanträge geben. In die Tagungen sollen insbesondere junge Wissenschaftler*innen mit thematisch relevanten Forschungsinteressen eingebunden werden.

Aufgrund von Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie konnte das Fördermodul erst in der zweiten Jahreshälfte 2022 gestartet werden. Die erste Strategietagung förderte die DSF in der Fachdisziplin der Sozialpsychologie.

STRATEGIETAGUNG

Perspektiven einer sozialpsychologischen Friedensforschung in Deutschland
Prof. Dr. Tobias Rothmund, Institut für Kommunikationswissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Perspektiven einer sozialpsychologischen Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland

Projektleitung
Prof. Dr. Tobias Rothmund
Institution
Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Kommunikationswissenschaft
Fördersumme
27 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Jena, 13.-15.10.22

Die sozialpsychologisch fundierte Friedens- und Konfliktforschung ist im deutschsprachigen Raum bislang wenig sichtbar, was sich unter anderem in einem geringen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse und einer relativ geringen Forschungsförderung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung ausdrückt. Dies ist insofern bedenklich, als dass die Sozialpsychologie in den vergangenen Dekaden wichtige Forschungsergebnisse generiert hat, die Impulse für das Verständnis von Konflikten sowie für Möglichkeiten zu deren Befriedung geben können. Zu den grundlegenden sozialpsychologischen Forschungsbereichen zählen Ursachen, Rahmenbedingungen und Folgen von Gewalt zwischen Gruppen sowie Dynamiken der Konflikteskalation, aber auch Forschungsfelder, die auf innergesellschaftliche Konfliktfelder und deren friedliche Bearbeitung abzielen. Zu nennen wären hier beispielsweise Forschung zu gruppenbezogener Diskriminierung (bspw. Rassismus, Sexismus), dem Verständnis sowie der Prävention von politischer Radikalisierung und Extremismus oder dem Umgang mit Migration und Flucht als Herausforderung für die kulturelle Anpassungsleistung in demokratischen Gesellschaften.

Vom 13.-15. Oktober fand eine Strategietagung zu „Perspektiven einer sozialpsychologischen Friedens- und Konfliktforschung" an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena statt, an der 50 wissenschaftlich arbeitende SozialpsychologInnen in unterschiedlichen Karrierephasen (ProfessorInnen, PostdoktorandInnen, DoktorandInnen) teilnahmen. Die Tagung verfolgte drei zentrale Ziele. Zum Ersten diente die Tagung dazu, SozialpsychologInnen ein Forum für Vernetzung und Austausch zu bieten und zukünftige Kooperationsprojekte anzubahnen. Das zweite Ziel bestand in der Strukturierung des Forschungsfelds einer sozialpsychologischen Friedens- und Konfliktforschung sowie der Identifikation neuartiger Phänomenbereiche, bzw. theoretischer und methodischer Herausforderungen für die Forschung. Ein drittes Ziel bestand in der kritischen Reflektion der Rolle der Sozialpsychologie in der Friedens- und Konfliktforschung sowie der mangelnden Sichtbarkeit sozialpsychologischer Forschung im gesellschaftlichen Diskurs über Frieden und Konflikt.

Die konzeptuelle Planung der Tagung wurde im Vorfeld durch die Task-Force „Rassismus und Rechtsextremismus" der Fachgruppe Sozialpsychologie in der DGPs (Deutsche Gesellschaft für Psychologie) unterstützt. Die organisationale Umsetzung der Tagungsplanung erfolgte durch die Arbeitsgruppe „Kommunikations- und Medienpsychologie" (Prof. Dr. Tobias Rothmund) sowie durch das Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der FSU Jena. Die Tagung war so konzipiert, dass möglichst viel Raum für den Austausch von Ideen, kritische Diskussionen und die Entwicklung von Kollaborationsansätzen gegeben sein sollte. Aus diesem Grund wurden ausgewählte Inputformate vorab festgelegt und dazwischen Diskussions- und Workshopformate für den Austausch in Kleingruppen geplant. Für den spezifischen Input konnten (a) internationale ExpertInnen, (b) „critical friends" aus benachbarten Disziplinen, und (c) Akteure aus relevanten Feldern der Berufspraxis gewonnen werden.

© TOBIAS ROTHMUND

Die Ergebnisse der Strategietagung wurden abschließend in vier Themenbereichen zusammengefasst. Zum Ersten wurden unterschiedliche Vorschläge formuliert, um eine stärkere Strukturbildung sozialpsychologischer Friedens- und Konfliktforschung zu unterstützen. Hierzu zählen die Beantragung von Fördermitteln zur Entwicklung themenspezifischer Forschungsnetzwerke sowie die Einrichtung eines Kompetenzzentrum für Sozialpsychologie. Ein solches Kompetenzzentrum könnte (analog zu Fraunhofer Instituten) die Anwendungsforschung stärken und bspw. die Entwicklung und Umsetzung sozialpsychologischer Interventionen sowie deren systematische Evaluation wissenschaftlich unterstützen und begleiten. Zum Zweiten wurde die programmatische Entwicklung des Forschungsfelds angemahnt.

Die sozialpsychologische Friedens- und Konfliktforschung steht vor wissenschaftstheoretischen und forschungsmethodischen Herausforderungen, will sie die gesellschaftliche Relevanz und Sichtbarkeit ihrer Forschung erhöhen. Wissenschaftstheoretisch resultieren Herausforderungen bspw. aus den divergenten Funktionslogiken und Anreizsystemen in Wissenschaft und Politik. Zum Dritten wurde die bestehende Praxis der Wissenschaftskommunikation bemängelt. So nimmt Wissenschaftskommunikation noch immer keine relevante Rolle in der Ausbildung von Studierenden oder DoktorandInnen ein. Neben entsprechenden Praxisworkshops wurde auch ein Mangel an Syntheseprojekte festgestellt. Diese könnten vor dem Hintergrund spezifischer, gesellschaftlicher Problemsituationen – mittels Integration bestehender Forschungslagen – auf die Entwicklung evidenzbasierter Empfehlungen zur Gestaltung von Interventions- oder Präventionsprojekten abzielen. Viertens wurden neuartige Förderformate angeregt wie bspw. das Format „Scientists in Residency". Ein solches Förderformat könnte es WissenschaftlerInnen erlauben, für einen begrenzten Zeitraum in politischen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen zu hospitieren und gemeinsam mit den entsprechenden Partnern angewandte Forschungsprojekt zu planen bzw. umzusetzen.

Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer

Der Förderbereich umfasst eine Reihe von kleineren Förderformaten, mit denen die Stiftung gezielt Vorhaben unterstützen kann, die die wissenschaftliche Zusammenarbeit zu Themen der Friedens- und Konfliktforschung stärken. Hierbei geht es zum einen um die Vernetzung im Forschungsfeld selbst und mit angrenzenden Forschungsgebieten, zum anderen um die Förderung internationaler und interdisziplinärer Kooperationen. Darüber hinaus bietet die DSF in diesem Förderbereich Förderformate für den Wissenstransfer in verschiedene Praxisfelder an. Sie sollen z. B. für die Politikberatung, den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren oder auch für die öffentliche Information genutzt werden. Darunter fällt auch die Förderung des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens, das eine breite Aufmerksamkeit in Politik und Öffentlichkeit erhält.

Nachdem die Antragstellungen in den Vorjahren pandemiebedingt zurückgegangen waren, stieg die Nachfrage im Jahr 2022 wieder deutlich an. Insgesamt erhielt die Stiftung 15 Anträge auf Projektförderung mit einem Volumen von 226 Tsd. Euro. Davon konnte die Stiftung 13 Vorhaben in die Förderung aufnehmen. Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht zu allen unterstützten Projekten. Fünf dieser Projekte werden im Weiteren ausführlicher vorgestellt.

TRANSFERPROJEKT

Handbuch[2] Friedenspsychologie
Dr. Nadine Knab, Universität Koblenz-Landau/ Forum Friedenspsychologie e. V.

VERNETZUNGSPROJEKT

Friedensgutachten 2022
„Friedensfähig in Kriegszeiten"
Dr. Claudia Baumgart-Ochse, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M.

Marburg, 14.-16.07.2022
Gesellschaftliche Konfliktforschung: Kollektives Handeln und Konflikte um Ungleichheit
Prof. Dr. Felix Anderl, Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg

Chemnitz, 10.-11. März 2022
Förderung der 3. Konferenz des Wissenschaftlichen Netzwerks für Politische Psychologie in Deutschland
Prof. Dr. Frank Asbrock, Institut für Psychologie, TU Chemnitz

Konstanz, 17.-19. März 2022
„Ungleichheit, Frieden und Konflikt" 53. wissenschaftliches Kolloquium der AFK
Prof. Dr. Nils B. Weidmann, Department of Politics and Public Administration, Universität Konstanz/ Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung

Duisburg, 27. -28. Oktober 2022
The complexity of global nuclear (dis)ordering
Dr. Carmen Wunderlich, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen

Berlin, 31. Oktober – 2. November 2022
New Age, New Thinking: Challenges of the Third Nuclear Age
Dr. Carmen Wunderlich, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen

München, 23. bis 26. Juli 2023
„Reconciliation or Resistance? Social Psychological Research on Peace and Justice" – Invited Symposium im Rahmen der 19. Tagung der International Society for Justice Research (ISJR)
Prof. Dr. Mario Gollwitzer, Department Psychologie, LMU München

INTERNATIONALE FACHTAGUNG

Bonn-Bad Godesberg, 16. -17. Juni 2022
Krieg in Europa. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen
Dr. Gabriele Freitag, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Berlin

Wuppertal, 2023
Abstimmung statt Missstimmung (Balloting to Stop Bullets) – Der Einsatz von Instrumenten der direkten Demokratie als Mittel zur Befriedung oder Friedensstiftung?
Dr. Volker Mittendorf, Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften, Bergische Universität Wuppertal

Bielefeld, 07.- 09. November 2022
Terrorism in court – national courts as empirical and epistemic field in terrorism and violence research
Dr. Nicole Bögelein, Institut für Kriminologie, Universität zu Köln, Dr. Kerstin Eppert, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld

Göttingen, 17. -18. November 2022
Peace and conflict resolution in rural areas: the challenges for the UNDROP´s implementation
Prof. Dr. José Martínez, Institut für Landwirtschaftsrecht, Georg-August-Universität Göttingen

Potsdam, 14.-16. Dezember 2022
CLON – CLimate (im)mobility and cONflict
Dr. Barbora Šedová, Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK) e. V.

[2] Das Handbuch kann bereits online eingesehen werden unter: https://handbuch-friedenspsychologie.de

Terrorism in court – national courts as empirical and epistemic field in terrorism and violence research

Projektleitung
Dr. Nicole Bögelein und Dr. Kerstin Eppert
Institution
Universität zu Köln, Institut für Kriminologie/Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
Fördersumme
20 Tsd. Euro
Datum:
Bielefeld, 07. - 09. November 2022

Vom 07. bis 09. November 2022 wurde die internationale Konferenz „Terrorism in court – national courts as empirical and epistemic field in terrorism and violence research" mit 20.000 Euro gefördert. Die Tagung fand am Bielefelder Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) statt. Veranstalterinnen waren Dr. Nicole Bögelein, Institut für Kriminologie, Universität zu Köln, Dr. Kerstin Eppert, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld und Dr. Anja Schmidt-Kleinert, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt a.M.

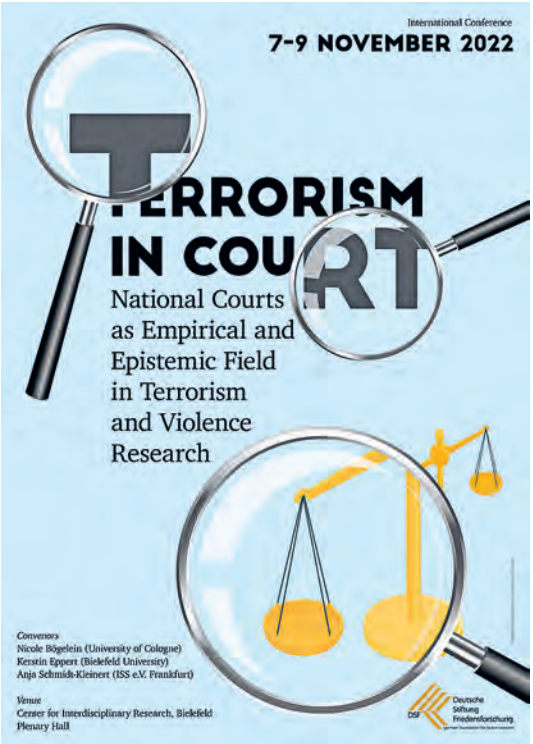
Ausgangspunkt für die Tagung war die Überlegung, dass Gerichtsverhandlungen ein zentraler Ort sind, an dem moderne Gesellschaften mit politisch motivierter Gewalt und Terrorismus umgehen, sie sind soziale Räume, in denen der Staat gegenüber politisch radikalen Gruppen auftritt und die Verletzung seines Gewaltmonopols bestraft. In Strafprozessen wird sowohl neues Wissen produziert als auch vorhandenes Wissen genutzt, z.B. um Tatverläufe und Verbindungen zwischen Angeklagten zu verstehen. Die politische Motivation und Ziele werden oft im Zusammenspiel mit psychologischen und technischen Expertisen erörtert, um das Strafmaß zu bestimmen und Recht herzustellen.

Weltweit beschäftigt sich eine wachsende Zahl von Forschenden mit diesem Bereich der Rechtsforschung und nimmt dabei eine konfliktsensible und kritische Perspektive auf die Konstruktion von „Terror" und „Terrorismus" als sozial eingebettete Phänomene ein. In der internationalen Friedens- und Konfliktforschung findet das Thema bislang jedoch wenig Beachtung. Ziel der Tagung war es daher, das Forschungsfeld zu stärken und Forschende miteinander ins Gespräch zu bringen, unter anderem um kritische und konzeptionelle Ansätze zur Erforschung von Terrorismusverhandlungen vor Gericht zu diskutieren und sich zu methodischen Ansätzen und ethischen Fragen auszutauschen. Zudem war es das Ziel, langfristig Kooperationen und Projektentwicklungen zu ermöglichen.

In den drei Tagen wurde in drei thematischen Blöcken an übergreifenden Themen gearbeitet. Session 1 fokussierte unterschiedliche lokale Kontexte und vorherrschende institutionelle Praktiken. Die zweite Session widmete sich dem Phänomen aus einer intersektionalen und postkolonialen Perspektive. In der abschließenden Session ging es um methodische Fragen der Gerichtsforschung.

Zu den inhaltlichen Überlegungen gehörten beispielsweise, dass auch bei Terrorismusverhandlungen vor nationalen Gerichten sowohl das internationale Strafrecht als auch transnationale Rechtsrahmen (EU-Ebene) eine Rolle spielen können. Zugleich formen nationale Strafprozessordnungen und Strafverfolgungsorgane und deren jeweilige Rechtspraxis das Verfahren – z.B. ob es spezialisierte Gerichte gibt, wie öffentliche Diskurse ‚Terrorismus' politischideologisch stabilisieren, wie Beweise gewürdigt werden und wie eine Urteilsbildung erfolgt. In Terrorismusverfahren werden teils auch Sicherheitsbehörden involviert, was sich wiederum auf die Offenlegung von Beweisen und die Beteiligung von Zeug:innen auswirken kann. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive wird

© IKG/UNIVERSITÄT BIELEFELD



das Feld von einer Fülle von eng verwobenen analytischen Dimensionen wie sozialen Normen, Machtverhältnissen, institutionellen Hierarchien, Gender oder auch Identitäts- und Wissensdiskursen durchdrungen.

Wenn Terrorismus nicht nur als normativ bestimmt, sondern auch als soziale Konstruktion verstanden wird, muss diese aus einer kritischen und intersektionalen Perspektive überprüft werden, um mögliche Diskriminierung aufzuspüren. Es hängt von Machtverhältnissen ab, was „wir" als konstituierend für Terrorismus halten, wie „wir" terroristische Gewalt lesen und wen dieses „wir" umfasst. Eine Differenzierung ist hier zum Beispiel, dass jihadistisch motivierte Gewalt als internationaler Terrorismus und extrem rechte Gewalt als innere Angelegenheit eingeordnet werden. Auch die Unterscheidung von Gewalt als „Terror", als „Einzeltat" oder gar als psychischer Hilferuf eines belasteten Individuums stellt eine solche Differenzierung dar.

Unter methodischen und ethischen Besonderheiten von Gerichtsforschung haben die Forschenden sich u.a. mit Fragen des Zugangs zu Gerichten beschäftigt und sich zu den sehr unterschiedlichen Möglichkeiten der Datenerhebung und -archivierung und deren Risiken für Forschende und Beforschte ausgetauscht.

Der Tagungsbericht wurde bereits veröffentlicht. Die Formalisierung eines Arbeitsnetzwerks ist in Planung, welches die weitere Forschungskooperation über Projekte und Publikationen zwischen den Teilnehmenden unterstützen und dabei helfen soll die gewonnenen Erkenntnisse in die Lehre zurückzubinden.

Krieg in Europa. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen

Projektleitung
Dr. Gabriele Freitag
Institution
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Berlin
Fördersumme
19 Tsd. Euro
Datum:
Bonn-Bad Godesberg, 16.-17. Juni 2022

Kriege betreffen nicht nur die kriegführenden Länder, sondern die ganze Welt. Das gilt auch für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, dessen Auswirkungen in ganz Europa und darüber hinaus spürbar sind.

Um diese Folgen zu analysieren, hat die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde internationale Expert*innen aus Politik, Wirtschaft und anderen Bereichen zur ihrer Jahrestagung 2022 nach Bonn eingeladen. Ziel war es, die bisherigen Paradigmen der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik (Entspannung, Dialog, Modernisierungspartnerschaft, Wandel durch Handel, Deutschland als Zivilmacht) auf den Prüfstand zu stellen. Im Vordergrund stand dabei die Analyse des Paradigmenwechsels von der internationalen Interdependenz zur Entflechtung in allen relevanten Politikfeldern.

Den Auftakt der Tagung bildeten die Einschätzungen der Schriftsteller*innen Yevhenia Belorusests aus der Ukraine und Viktor Martinovich (Minsk) sowie der Moskauer Publizistin Irina Prokhorova. Sie verwiesen darauf, dass die Zukunft Europas und seines Wertesystems sich anhand der existentiellen Frage nach der Unterstützung der Ukraine entscheide.

Inwiefern der Krieg tatsächlich als eine Zäsur in der europäischen Geschichte angesehen werden kann, ist dem Historiker Jörn Leonhard zufolge noch offen. Er verwies in seinem Eröffnungsvortrag auf die Grenzen historischer Analogien und warnte vor dem leichtfertigen Gebrauch historischer Vergleiche. Die Schriftstellerin Kataryna Mishenko argumentierte ähnlich: Analogien hätten einen politischen Hintergrund, wenn man beispielsweise den russischen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine mit dem „Nazi-Krieg“ vergleiche.

Im Hinblick auf die im Krieg konkurrierenden politischen Ordnungsvorstellungen und deren außenpolitische Folgen konstatierte die Moskauer Politologin Tatiana Vorozheikina, dass der russische Staat seinen autoritären Charakter in den letzten 30 Jahren beibehalten habe und sich inzwischen zu einem faschistischen Staat entwickele. Nadia Koval vom Ukrainischen Institut in Kyjiw verwies auf einen weiteren wichtigen Faktor innerhalb des Systemkonfliktes: Für die Ukrainer*innen stünde die „Freiheit“ im Mittelpunkt, für viele Russ*innen hingegen die Idee von „Ordnung“. Der Publizist Ralf Fücks appelliert schließlich, das russische Vorgehen in der Ukraine als Teil eines umfangreicheren Krieges gegen den Westen anzusehen.

Um die Konsequenzen für die Wirtschaft besser abschätzen zu können, müsse der Blick nicht nur nach Russland gerichtet werden, wo westliche Sanktionen vor allem im Technologiesektor Wirkungen gezeigt hätten, so die Journalistin Angelina Davydova. Für eine langfristige Prognose sei vor allem die Rolle Chinas von Bedeutung. Die frühere Präsidentin der Nationalbank der Ukraine, Valeria Gontareva, bewertete die ukrainische Wirtschaft als ausreichend diversifiziert, erwartete aber von den G7-Staaten und anderen Geldgebern ein umfangreiches Wiederaufbauprogramm und eine baldige EU-Mitgliedschaft. Die EU müsse den Blick vor allem auf die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas und deren Reduzierung richten, bemerkte abschließend der Prager Wirtschaftsberater Petr Zahradník.

© MICHAEL JORDAN

Im Zusammenhang mit der Frage, ob wir es aus sicherheitspolitischer Perspektive mit dem Beginn oder Ende der Abschreckung zu tun haben, wurde die deutsche Russlandpolitik als Problem ausgemacht. Diese habe die europäische Sicherheit zu lange nur gemeinsam mit Russland gedacht, so Jana Puglierin vom „European Council on Foreign Relations". Dem Friedens- und Konfliktforscher Ulrich Schneckener zufolge sei Deutschland zudem zu stark einem Interdependenzmodell gefolgt. Die Pipeline Nordstream 2 sei das Symbol dafür. Die Notwendigkeit einer zunehmenden Entflechtung der Beziehung zu Russland trat an diesem Punkt besonders deutlich hervor. Eine weitere wichtige Erkenntnis brachte die estnische Expertin für Cyber-Sicherheit, Merle Maigre auf den Punkt: In diesem Krieg geht es nicht nur um die Ukraine. In Europa werde keine Grenze mehr sicher sein, wenn Putin seine Ziele erreiche.

Die Diskussion um Gesellschaften im Schatten des Krieges offenbarte, dass es in Russland nicht nur eine hohe Zustimmungsrate zum Krieg gibt, sondern dass der Westen und vor allem Deutschland zunehmend negativ gesehen werden, berichtete Denis Volkov, Leiter des Moskauer „Levada Zentrums". In Belarus hingegen, so Philosophin Olga Shparaga, gebe es nur wenig Unterstützung für den Krieg. Die Ukrainer*innen wiederum hofften auf eine EU-Integration und unterstützten Marktwirtschaft und Demokratie, berichtete der Kyjiwer Soziologe Tymofii Brik. Das Panel endete mit einer Diskussion über die Auswirkungen des Krieges auf die Wissenschaft und internationale wissenschaftliche Kooperationen – ein Thema, das für die DGO als Wissenschaftsverband von zentraler Bedeutung ist

Die Jahrestagung der DGO lieferte somit eine Reihe wichtiger Erkenntnisse auf, die für Entscheidungsträger*innen im Hinblick auf die Unterstützung der Ukraine der Stärkung der europäischen Ordnung von hoher Relevanz sind.

Frieden und Konfliktlösung in ländlichen Gebieten: Herausforderungen für die Umsetzung der UNDROP

Projektleitung
Prof. Dr. José Martínez
Institution
Georg-August-Universität Göttingen,
Institut für Landwirtschaftsrecht
Fördersumme
20 Tsd. Euro
Datum:
Göttingen, 17.-18. November 2022

Gesellschaftliche Relevanz/Originalität des Themas | Die Konferenz bot zum ersten Mal auf internationaler Ebene die Möglichkeit, das Verhältnis zwischen Friedensförderung und der UN-Erklärung über die Rechte von Landwirten (UNDROP) zu untersuchen sowie diese Erklärung im deutschen Kontext zu behandeln. Dabei ergaben sich verschiedene praktische und theoretische Perspektiven mit Redner*innen aus der Wissenschaft, von sozialen Organisationen sowie einer Leiterin eines landwirtschaftlichen Betriebes. Jedes Panel bot mögliche Lösungen für einige der Konflikte im ländlichen Raum in Kolumbien, den Vereinigten Staaten, Deutschland und der Europäischen Union.

Problemstellung | Eines der Probleme, die auf der Konferenz angesprochen wurden, ist der mangelnde Bekanntheitsgrad der UNDROP. Ziel war es daher, die Bedeutung einer Sensibilisierung der Akteur*innen in den verschiedenen Bereichen des Rechtssystems (also in den Gerichten, in den Verwaltungen, in anderen Rechtsberufen und auch in der Politik) für die Menschenrechte der Landbevölkerung zu erörtern, die sich aus der Resolution für nachhaltige Entwicklung, Frieden und Konfliktlösung ergeben. Die Ziele, die in den Konferenzpanels entwickelt wurden, waren zum einen die Durchführung einer vergleichenden Analyse der Haupthindernisse, möglicher Lösungen und bewährter Praktiken auf lokaler und internationaler

© INSTITUT FÜR LANDWIRTSCHAFTSRECHT, UNIVERSITÄT GÖTTINGEN

Ebene bei der Förderung und Gewährleistung der Rechte von Landwirten*innen und Landarbeiter*innen zur Überwindung von Landkonflikten und Umweltkonflikten im globalen Norden und Süden. Zum anderen wurde auf dem Seminar juristisches Fachwissen zur Konfliktlösung mit einem geschlechtsspezifischen Ansatz und auf der Grundlage praktischer Erkenntnisse von Interessenverbänden und aus der Rechtsberatung zu den Menschenrechten in ländlichen Gebieten sowie zu Frieden und Entwicklung im ländlichen Raum diskutiert.

Methodische Grundlegung | Im Mittelpunkt des zweitägigen Seminars standen Vorträge über die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechte der Landwirt*innen, die Sicherheit von Bauernführer*innen, die Gleichstellung der Geschlechter, Landrechte, biologische Vielfalt und eine gesunde Umwelt, Ernährungssicherheit sowie die Rolle von Staaten, UN-Organisationen und Bauernbewegungen. Die Struktur des Seminars sah zunächst Hauptvorträge zu den einzelnen Themenbereichen vor. Es folgten Expertenkommentare und schließlich wurde Zeit für Fragen und Antworten aus dem Publikum gegeben. Um die Reichweite zu vergrößern, wurde die Tagung auch online übertragen und die Möglichkeit gegeben, im Chat Fragen zu stellen. Für das abschließende Panel wurde die Vorgehensweise leicht geändert, sodass eine große Diskussionsrunde mit allen beteiligten Referent*innen stattfand, was die Gelegenheit bot, die grundlegenden Fragen des Seminars noch einmal in einem diskursiven Rahmen aufzugreifen. 70 % der Redner*innen waren international, überwiegend waren Frauen und Mitglieder der LGBT-Gemeinschaft beteiligt. Das Auswahlverfahren basierte auf international anerkanntem Fachwissen auf diesem Gebiet, einschlägigen Forschungsarbeiten inkl. internationalen Veröffentlichungen und der Teilnahme an vergleichbaren Veranstaltungen.

Erwartete Forschungsergebnisse | Die Ergebnisse des Seminars sind a) die Veröffentlichung einer wissenschaftlichen Monografie im Open-Access-Format, das auf den Ergebnissen der Seminardiskussionen und -kommentare basiert; b) ein OpEd in relevanten Advocacy-Blogs mit den Ergebnissen der Diskussion jedes Panels sowie c) eine Broschüre mit den Advocacy-Strategien, die in jedem Panel ausgetauscht und diskutiert wurden. Die Veröffentlichungen zielen als Adressaten die internationale juristische und politische Community, juristische Fakultäten, Ausbildungsprogramme für Agrarrecht sowie führende Vertreter*innen von NGOs und Landwirte*innen an.

CLON – CLimate-related cONflict and migration

Projektleitung
Dr. Barbora Šedová in Kooperation mit Dr. Lisa Thalheimer
Institution
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e. V, FutureLab „Sicherheit, ethnische Konflikte und Migration"/Princeton University, School of Public and International Affairs
Fördersumme
19 Tsd. Euro
Datum:
Potsdam, 14.-16. Dezember 2022

Jüngste geopolitische Entwicklungen wie der anhaltende Konflikt in Syrien haben große Teile der Bevölkerung des Landes vertrieben. Viele der Betroffenen flohen vor den Folgen des Bürgerkriegs. Es kam zu grenzüberschreitenden Flüchtlingsströmen nach Europa. In diesem Zusammenhang ist die Öffentlichkeit oft besorgt über die Rolle des Klimawandels als Verursacher von Extremwetterereignissen wie Dürren, Überschwemmungen und Hitzewellen. Auch die aktuelle Krise in Afghanistan hat sowohl die Öffentlichkeit als auch die Medien auf die Frage aufmerksam gemacht, wie klimatische Bedingungen zu politischen Unruhen und Bür-gerkriegen führen können. Diese Bedenken sind jedoch in der wissenschaftlichen Forschung isoliert betrachtet worden und interdisziplinäre Erkenntnisse durch ExpertInnenbeurteilung wenig erforscht. Mit dem 2022 Vorsitz Deutschlands in der G7 stehen Lösungen für die Klimakrise und Konfliktprävention im Mittelpunkt und machen dieses Themenfeld gesellschaftlich und politisch hochrelevant.

Die internationale Fachtagung „CLON" hat zum Ziel, die bestehenden quantitativen und qualitativen Forschungsgemeinschaften im Themenfeld Klimawandel, menschliche Mobilität und Konflikt unter dem Schirm der Friedens- und Konfliktforschung zusammenzuführen. Unter Einberufung von ExpertInnen soll die bestehende Wissensbasis durch einen interdisziplinären Workshop ergänzt werden. Darüber hinaus soll das Verständnis vertieft werden, wann und wie klimabedingte Migration mit Konflikten zusammenhängt. So soll ein ganzheitliches Verständnis der komplexen Thematik gefördert werden.

Quantitative und qualitative Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass klimabedingte Migration in speziellen Kontexten (gewalttätige) Konflikte verstärken kann, in anderen kann sie zu mehr Frieden beitragen. Dies wirft die folgenden Forschungsfragen auf: Wann und wie verursacht klimabedingte Migration Konflikte? Welche Prioritäten ergeben sich für Wissenschaft und Politik aus unserem derzeitigen Verständnis des Zusammenhangs von klimabedingter Migration und Konflikten, um zu nachhaltigem Frieden und konfliktpräventiven Klimaschutzmaßnahmen beizutragen?

Unser Forschungsdesign besteht aus drei Strängen: erstens aus einem Fragebogen, den ExpertInnen online vor dem Workshop ausfüllen. Die ExpertInnenrunde erhält einen Katalog mit Fragen oder Thesen, wozu die ExpertInnen ihre Einschätzungen abgeben. Diese werden vor dem Workshop ausgewertet und den ExpertInnen vorgelegt. Zweitens erfolgt die Durchführung eines ExpertInnenworkshops mit Impulspräsentationen und Diskussionsrunden. Die ExpertInnen können ihre Meinung zu den Fragen und Thesen des Fragenkatalogs ändern oder verfeinern. Dies geschieht über eine zweite Befragungsrunde nach dem Workshop. Drittens werden wir das Gesamtergebnis aufbereiten und präsentieren. Dies geschieht in Form eines Synthesis-Manuskripts, welches zusammen mit den ExpertInnen verfasst wird, um es dann zur Publikation einzureichen.

Wir beziehen bewusst ForscherInnen, NachwuchswissenschaftlerInnen und ForscherInnen aus dem globalen Süden in diese Forschung ein.

So bietet der Workshop eine Austauschmöglichkeit über die Rolle regionaler Aspekte in Konflikten, die mit menschlicher Migration zusammenhängen und Zusammenhänge in einem sich verändernden Klima herauszuarbeiten. Auf diese Weise möchten wir das fachliche und methodische Verständnis von ExpertInnen von einer regionalen auf eine globale Ebene ausweiten. Durch die Fokussierung auf klimabedingte Migration in der Konfliktforschung hoffen wir, die politische Debatte mit Perspektiven und Ansätzen der Friedens- und Konfliktforschung zu verbessern sowie Methoden und Wissen zu erweitern.

„New Age, New Thinking: Challenges of a Third Nuclear Age“

Projektleitung
Dr. Carmen Wunderlich und Elisabeth Suh
Institution
Universität Duisburg-Essen, Institut für Politikwissenschaft/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Fördersumme
10 Tsd. Euro
Datum:
Berlin, 31. Oktober – 2. November 2022

In der Nuklearpolitik ist ein neues Zeitalter angebrochen: Nuklearwaffen erfahren neue Relevanz in der internationalen Politik und der politikwissenschaftlichen Forschung. Der Krieg in der Ukraine und die nuklearen Drohungen Russlands machen deutlich, welche Risiken mit der Existenz von Nuklearwaffen verbunden sind. Doch schon vor 2022 nahm das sogenannte „dritte nukleare Zeitalter“ seinen Lauf: Die technische Weiterentwicklung von Nuklearwaffen, ihre Verknüpfung mit neuen Technologien, globale Machtverschiebungen und multipolare Rüstungswettläufe, ungelöste Proliferationsrisiken in Europa, im Nahen und Mittleren Osten und in Ostasien sowie die Schwächung bzw. Aushöhlung ordnungspolitischer Ansätze werfen neue Fragen für Stabilität, Rüstungskontrolle und Abrüstung auf. Während die bipolare, auf gegenseitiger nuklearer Abschreckung der beiden Supermächte basierende Weltordnung während des ersten Atomzeitalters relativ eindeutige Antworten zuließ und das zweite vor allem darauf abzielte, die Verbreitung von Nuklearwaffen an neue Staaten zu verhindern, ist im dritten nuklearen Zeitalter ein neues Maß geopolitischer und technologischer Komplexität erreicht.

Ein neues Atomzeitalter erfordert neues Denken: Zu diesem Zweck fand vom 31. Oktober bis 2. November 2022 in Berlin die „Third Nuclear Age“-Konferenz statt. Die Tagung brachte insgesamt 38 internationale Wissenschaftler*innen verschiedener Alters- und Karrierestufen mit Forschungsinteressen im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie der Regulierung neuer Technologien zusammen. Bei der Auswahl der Teilnehmenden wurde sowohl auf Fachkompetenz als auch Diversität mit Blick auf Gender und geo-

© ISYP/ KSENIIA PIRNAVSKAIA, HARUKA NOISHIKI, DYLAN LAND

graphische Repräsentation geachtet.[3] Zwei Drittel der Konferenzteilnehmenden waren Studierende oder Early Career Researcher, die in verschiedenen Panelvorträgen spezifische Herausforderungen adressierten und Handlungsvorschläge darlegten.

© ISYP/ KSENIIA PIRNAVSKAIA, HARUKA NOISHIKI, DYLA

Neben der Vernetzung ging es vor allem darum, Räume zu schaffen, um die spezifischen Herausforderungen des dritten Atomzeitalters aus unterschiedlichen (interdisziplinären und nicht-westlichen) Perspektiven zu diskutieren und über die aktuelle Situation hinausgehende Lösungsansätze zu entwickeln, wie nukleare Eskalationsrisiken minimiert und Ordnungsmechanismen (wieder) aufgebaut werden können. Dazu wechselten sich technische und sozialwissenschaftliche Vorträge ab, um unterschiedliche Aspekte und Perspektiven miteinander in Austausch zu bringen. Feministische und kritische Vorträge trugen dazu dabei, vorherrschende Begrifflichkeiten und deterministische Wahrnehmungen zu hinterfragen.

Um dies zu erreichen, kooperierten die Universität Duisburg-Essen (vertreten durch Dr. Carmen Wunderlich) und das Netzwerk International Students/Young Pugwash (hiernach: die Organisator*innen) neben der Deutschen Stiftung Friedensforschung auch mit der Heinrich Böll Stiftung, Pugwash Conferences on Science and World Affairs, dem Bulletin of the Atomic Scientists und dem Third Nuclear Age Project der University of Leicester.

Nach der Begrüßung durch die Organisator*innen wurde die Tagung mit einer Podiumsdiskussion eröffnet, die sich mit dem Zustand des gegenwärtigen Nuklearregimes auseinandersetzte. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, seine Folgen für die nukleare Ordnung und die Bedeutung von Vertrauen in antagonistischen Beziehungen standen dabei im Fokus. Anschließende Vorträge befassten sich mit politischen und technologischen Herausforderungen im Bereich der Nichtverbreitung, darunter regionale (Un-)Sicherheitsperzeptionen und neue Reaktortechnologien. Am Abend rundete ein Empfang im Auswärtigen Amt in Kooperation mit dem Referat für nukleare Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation sowie dem Jungen Nuklearen Netzwerk den ersten Tag der 3NA-Konferenz ab und ermöglichte es, die diskutierten Erkenntnisse mit Einsichten aus der ordnungspolitischen Praxis zu ergänzen.

Am zweiten Konferenztag standen neue Technologien, einschließlich Techniken künstlicher Intelligenz zur militärischen Nutzung und ihre Rolle für Aufrüstungsdynamiken sowie geopolitische Spannungen im Mittelpunkt. Zum Abschluss der Konferenz reflektierten die Teilnehmenden ihre jeweiligen Erkenntnisse zu den diskutierten Herausforderungen und identifizierten offene Fragen sowie Diskrepanzen, die insbesondere hinsichtlich der Handlungsansät-

[3] Insgesamt waren über 150 Bewerbungen aus 41 unterschiedlichen Staaten eingereicht worden, wovon 20 Early Career Researcher und Studierende aus 13 Nationen ausgewählt wurden.

ze im Umgang mit den aktuellen nuklearen Risiken bestehen.

Dies markiert, wie beabsichtigt, den Beginn von Forschungs- und Verständnisprozessen für neues Denken und Handlungsansätze im dritten nuklearen Zeitalter. Diesen Prozess forcieren die Organisator*innen auch über das Ende der „Third Nuclear Age"-Konferenz hinaus: Die jungen Studierenden und Forschenden waren im Anschluss an die Konferenz zu einer Schreibwerkstatt mit dem renommierten Bulletin of the Atomic Scientists eingeladen. Die Organisator*innen und das Bulletin unterstützen die Early Career Researcher dabei, ihre Vorträge und Erkenntnisse zu verschriftlichen und für eine Veröffentlichung beim Bulletin einzureichen.

Das Friedensgutachten 2022

Das jährlich erscheinende „Friedensgutachten“ ist ein Kooperationsprojekt deutscher Friedensforschungsinstitute. Es zählt zu den zentralen Instrumenten des Transfers wissenschaftlicher Erkenntnisse aus der Friedens- und Konfliktforschung in die politische Praxis und Öffentlichkeit. Das Friedensgutachten analysiert aktuelle Gewaltkonflikte und politische Krisen, es veranschaulicht Trends der internationalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik und spricht Empfehlungen für die politische und gesellschaftliche Praxis aus. Seit 2018 ist das Friedensgutachten in voller Länge online zugänglich.[4]

Die **Ausgabe 2022**, mit dem Titel: „Friedensfähig in Kriegszeiten“, analysiert insbesondere die Eskalation des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Das Friedensgutachten zeigt die Folgen für die Ukraine und die gesamte Region auf und richtet den Blick auf die Neuausrichtung der deutschen und europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die DSF unterstützt das Friedensgutachten mit einem jährlichen Förderbetrag von 40 Tsd. Euro.

© HSFK

Cover des Friedensgutachtens 2022.

[4] Online abrufbar: https://friedensgutachten.de/archiv.

Stiftungseigene Publikationen

Die stiftungseigenen Publikationsreihen sind ein fester Bestandteil der Wissenschaftskommunikation der DSF. Sie fassen die Ergebnisse aus geförderten Forschungsprojekten in kompakter Form zusammen oder dokumentieren die Veranstaltungen der Stiftung.

Publikationen aus geförderten Forschungsprojekten

Die Publikationsliste umfasst sämtliche gedruckten und digitalen Veröffentlichungen, die aus den geförderten Projekten hervorgegangen sind. Dazu zählen neben wissenschaftlichen Publikationen in Verlagen und wissenschaftlichen Zeitschriften auch Beiträge zu Blogs und audiovisuelle Produktionen sowie Zeitungsartikel. Die Liste erfasst nur die Veröffentlichungen, die der Stiftung mitgeteilt wurden.

Altmann, Jürgen und Dieter Suter. 2022. Survey of the Status of Small and Very Small Missiles. Eldorado, Fakultät Physik, TU Dortmund. Report Nr.2. Link.

Altmann, Jürgen, Mathias Pilch, Dieter Suter. 2022. Small Armed Aircraft and Missiles – Dangers for International Security. Die Friedens-Warte – Journal of International Peace and Organization December 2022, Issue 3-4, 316-339. Link.

Bieß, Cora und Assia Bitzan, Uli Jäger, Anne Kruck. 2022. Friedensbildung an Schulen – Entwicklungen, Potenziale, Impulse, Empfehlungen. Berlin: Berghof Foundation Opera-tions gGmbH, Link.

Bieß, Cora. 2022. Pädagogische Konzepte mit Nähe zur Friedensbildung – Bildung für Demokratie, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung. Berlin: Berghof Foundation Operations gGmbH, Link.

Bieß, Cora und Assia Bitzan. 2022. Impulse für die Friedensbildung – Einblicke in ausgewählte Bezugswissenschaften. Berlin: Berghof Foundation Operations gGmbH, Link.

Bieß, Cora. 2022. Inspirationen für die Friedensbildung – Aktuelle Transformationsinitiativen im Bildungswesen. Berlin: Berghof Foundation Operations gGmbH, Link.

De Groot, Olaf J., Carlos Bozzoli, Anousheh Alamir und Tilman Brück. 2022. The Global Economic Burden of Violent Conflict. In: Journal of Peace Research, Februar 2022. Link.

Del Aguila, Luci, Anika Oettler und Angelika Rettberg. 2022. Escenarios de reconciliación más allá de conflictos armados. CAPAZ OnePager No.2, Link.

Harig, Christoph und Nicole Jenne. 2022. Whose rules? Whose power? The Global South and the possibility to shape international peacekeeping norms through leadership appointments. In: Review of International Studies, 48(4), 646-667. Link.

Jakob, Una. 2022. The Biological Weapons Convention , in: Marauhn, Thilo; Myjer, Eric (Hg.): Research Handbook on Arms Control Law, Cheltenham: Edward Elgar, 258 – 277.

Kelle, Alexander. 2022. Adding Novichok Nerve Agents to the CWC Annex on Chemicals: a technical fix and its implications for the chemical weapons prohibition regime, Geneva, Switzerland: UNIDIR. Link.

Kelle, Alexander und Oliver Meier. 2022. Chemiewaffen: Herausforderung für die internationale Ordnung. In: Blätter für deutsche und Internationale Politik. Ausgabe 05/2022. Link.

Kelle, Alexander. 2022. Zwischen Abrüstungserfolgen und Giftgasanschlägen, in: Vereinte Nationen, 02/2022, S.77-82, Link.

Krause, Ulrike und Nadine Segadlo, Franzisca Zanker und Hannah Edler. 2022. Zu Hause bleiben und „social distancing" – für Geflüchtete oft nicht möglich. Bundeszentrale für politische Bildung – Kurzdossiers: (Flucht-)Migration und Gesundheit, Link.

Kruck, Anne. 2022. Friedensbildung international – Erkenntnisse und Erfahrungen aus Peace-Education-Programmen. Berlin: Berghof Foundation Operations gGmbH, Link.

Langer, Phil C. und Aisha-Nusrat Ahmad. 2022. Die verratene Generation. In: Zeitschrift ZUR SACHE BW, Ausgabe 41 1/2022. S. 27 – 29. Link.

Moyo, Khangelani und Franzisca Zanker. 2022. No Hope for the 'Foreigners': The Conflation of Refugees and Migrants in South Africa, Journal of Immigrant & Refugee Studies, Journal of Immigrant & Refugee Studies, Link.

Oettler, Anika und Angelika Rettberg. 2022. Video "Reconciliación y Violencia" (spanisch, mit dt. Untertiteln), Link.

Oettler, Anika. 2022. Interview für Feuilleton „Zeit für Versöhnung", Süddeutsche Zeitung am Wochenende, 17./18.4.2022.

Schenk, Michael. 2022. Die Flüchtlingsthematik in den Medien – Medientenor und Bevölkerungsmeinung. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. Link.

Sebba, Ronald Kalyango und Franzisca Zanker. 2022. Political Stakes of Refugee Protection in Uganda, August 2022, Freiburg: Arnold-Bergstraesser Institute.

Stahl, Ilona, Luisa Betancourt Macuase, Myriell Fusser und Anika Oettler. 2022. Reconciliation in Colombia – A Q-methodological Study. data_UMR | Forschungsdatenrepositorium. Link.

Thoma, Nadja und Phil C. Langer. 2022. Educational Transitions in War and Refugee Contexts: Youth Biographies in Afghanistan and Austria, In: Social Inclusion, Volume 10, Issue 2, Link.

Welz, Martin. 2022. How Chad's involvement in peace missions held back democracy back home,In: The Conversation, Mai 2022. Link.

Welz, Martin. 2022. Omnibalancing and international interventions: How Chad's president Déby benefitted from troop deployment, In: Contemporary Security Policy (online first), April 2022. Link.

Welz, Martin. 2022. The African Union, France, and Conflict Management in Mali: Preferences, Actions, and Narrations, In: Journal of Intervention and Statebuilding (online first), April 2022. Link.

Welz, Martin. 2022. Setting up the G5 Sahel: why an option that seemed unlikely came into being, In: The Conversation, April 2022. Link.

Welz, Martin. 2022. Institutional Choice, Risk, and Control: The G5 Sahel and Conflict Management in the Sahel. In: International Peacekeeping, Januar 2022. Link.

Zanker, Franzisca. 2022. Plans for offshoring refugee protection undermine human dignity, African political interests, and international norms, Migration Control, Februar 2022, Link.

Zettl, Kerstin, Sebastian Harnisch und Mischa Hansel. 2022. Asymmetrien in Cyberkonflikten. Wie Attribution und der Einsatz von Proxies die Normentwicklung beeinflussen, Baden-Baden: Nomos.

Aus Tagungs- und Vernetzungsprojekten

Anderl, Felix. 2022. Tagungsbericht: Zentrumstage 2022 Societal Conflicts: Collective Action in an Unequal World, Link.

Bögelein, Nicole, Kerstin Eppert und Anja Schmidt-Kleinert. 2022. Conference proceedings of the international symposium "Terrorism in Court – National Courts as Empirical and Epistemic Field in Terrorism and Violence Research", at the Center for Interdisciplinary Research (ZiF), Bielefeld University.

Hussak, Melanie. 2022. Friedensforschung, Friedensbildung und (De)Kolonialität. Workshop, Universitäten Klagenfurt und Augsburg, online 27. – 29. Oktober 2021, in: Wissenschaft und Frieden 01/2022, S. 49/50.

Kluczewska, Karolina und Anna Kreikemeyer. 2022. Beyond the Local Turn: Local Orderings and Ordering of International Organizations. In: Global Cooperation Research Papers 32, Duisburg. Link.

Die Publikationen aus den DSF-geförderten Projekten erscheinen laufend und können in diesem Bericht nur zu einem Zeitpunkt abgebildet werden. Stand: 17.11.2023.

Gremien

ORGANE DER STIFTUNG
der Stiftungsrat
der Vorstand
GREMIUM DER STIFTUNG
der Wissenschaftliche Beirat

Der *Stiftungsrat* der DSF ist mit 12 Mitgliedern besetzt. Er hat die Aufgabe, die grundsätzliche Ausrichtung der Stiftung sowie die Rahmenbedingungen und die Programme für die Erfüllung des Stiftungszwecks festzulegen. Er beaufsichtigt ferner die Tätigkeit des Vorstands. Der Bund ist als Stifter mit insgesamt sieben Mitgliedern aus Bundesregierung und Deutschem Bundestag im Stiftungsrat vertreten.

Der Vorstand übernimmt mit seinen fünf Mitgliedern sämtliche operativen Geschäfte der Stiftung. Hierzu zählen auch die Entscheidungen über die Verwendung der Fördermittel und für stiftungseigene Projekte. Er vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich.

Der Wissenschaftliche Beirat steht den Stiftungsorganen als Beratungsgremium zur Seite. Durch seine Zusammensetzung bildet er die fachdisziplinäre Breite der Friedens- und Konfliktforschung ab und kann daher eine breit gefächerte Expertise über unterschiedliche Forschungstrends und -ergebnisse in die Gestaltung und Umsetzung der Förderprogramme einbringen.

Die Mitglieder der Stiftungsgremien sind alle ehrenamtlich tätig.

Der Stiftungsrat

Dem Stiftungsrat der DSF gehörten Ende 2022 folgende Mitglieder an:

Dr. Jens Brandenburg, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung | Vorsitzender ab dem 06.02.2023, berufen zum 12.12.2022.
Prof. Dr. Anna Geis, Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg | Stellvertretende Vorsitzende
Prof. Dr. Heike Krieger, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Conrad Schetter, Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
Prof. Dr. Dr. Sabine Freifrau von Schorlemer, Technische Universität Dresden
Prof. Dr. Michael Zürn, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Katja Keul, Staatsministerin im Auswärtigen Amt (seit 20.06.2022)
Niels Annen, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (seit 20.06.2022)
Siemtje Möller, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung (seit 20.06.2022)
Kai Gehring, Mitglied des Deutschen Bundestages (seit 02.11.2022)
Prof. Monika Grütters, Mitglied des Deutschen Bundestages (seit 02.11.2022)
Maja Wallstein, Mitglied des Deutschen Bundestages (seit 02.11.2022)

Im Laufe 2022 ausgeschiedene Mitglieder:

Dr. Michael Meister, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung | Vorsitzender (bis 19.06.2022)
Dr. Peter Tauber, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung (bis 19.06.2022)
Susanne Baumann, Auswärtiges Amt (bis 19.06.2022)
Dr. Maria Flachsbarth, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (bis 19.06.2022)
Mario Brandenburg, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung (20.06.2022 bis 11.12.2022)
Michaela Noll, Mitglied des Deutschen Bundestages (bis 01.11.2022)
Dr. Karamba Diaby, Mitglied des Deutschen Bundestages (bis 01.11.2022)
Johannes Huber, Mitglied des Deutschen Bundestages (bis 01.11.2022)

Die für das Kalenderjahr 2022 geplante ordentliche Sitzung des Stiftungsrats musste aus Termingründen auf den 06. Februar 2023 verschoben werden.

Der Vorstand

Der Vorstand der DSF ist in unveränderter Besetzung seit März 2016 tätig. Er setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Universität Osnabrück | Vorsitzender
Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel, Philipps-Universität Marburg | Stellvertretende Vorsitzende
Peter Gottwald, Botschafter a. D., Bern
Dr. Sabine Mannitz, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M.
Prof. Dr. Andreas von Arnauld, Direktor, Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Der Vorstand kam zu ordentlichen Sitzungen am 09. Mai, 27. Juni, 18. Juli und 14. November 2022 zusammen. Sämtliche Termine fanden in einem Online-Format statt.

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat der DSF setzt sich im Jahr 2022 unverändert folgendermaßen zusammen:

Prof. Dr. Sabine Kurtenbach, GIGA Institut für Lateinamerika-Studien Hamburg | Vorsitzende
Prof. Dr. Andreas Zick, Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Universität Bielefeld | Stellvertretender Vorsitzender
Prof. Dr. Andrea Behrends, Universität Bayreuth
Prof. Dr. Philipp Gassert, Universität Mannheim
Prof. Dr. Robin Geiß, University of Glasgow & Direktor UNIDIR
Prof. Dr. Andreas Hasenclever, Eberhard-Karls-Universität Tübingen
Prof. Dr. Teresa Koloma Beck, Universität der Bundeswehr München
Prof. Dr. Andreas Mehler, Direktor des Arnold-Bergstraesser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung, Freiburg
Prof. Dr. Christian Reuter, Technische Universität Darmstadt
Prof. Dr. Ursula Schröder, Wissenschaftliche Direktorin, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas, Universität Bremen
Prof. Dr. Nils B. Weidmann, Universität Konstanz
Prof. Dr. Annick Wibben, Swedish Defence University (Försvarshögskolan), Stockholm

Im Jahr 2022 fand keine Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats statt.

Das Vermögen

Die DSF ist eine unabhängige Stiftung privaten Rechts, die durch die Bundesrepublik Deutschland mit einem Startkapital von 50 Mio. DM (25,56 Mio. Euro) ausgestattet wurde.

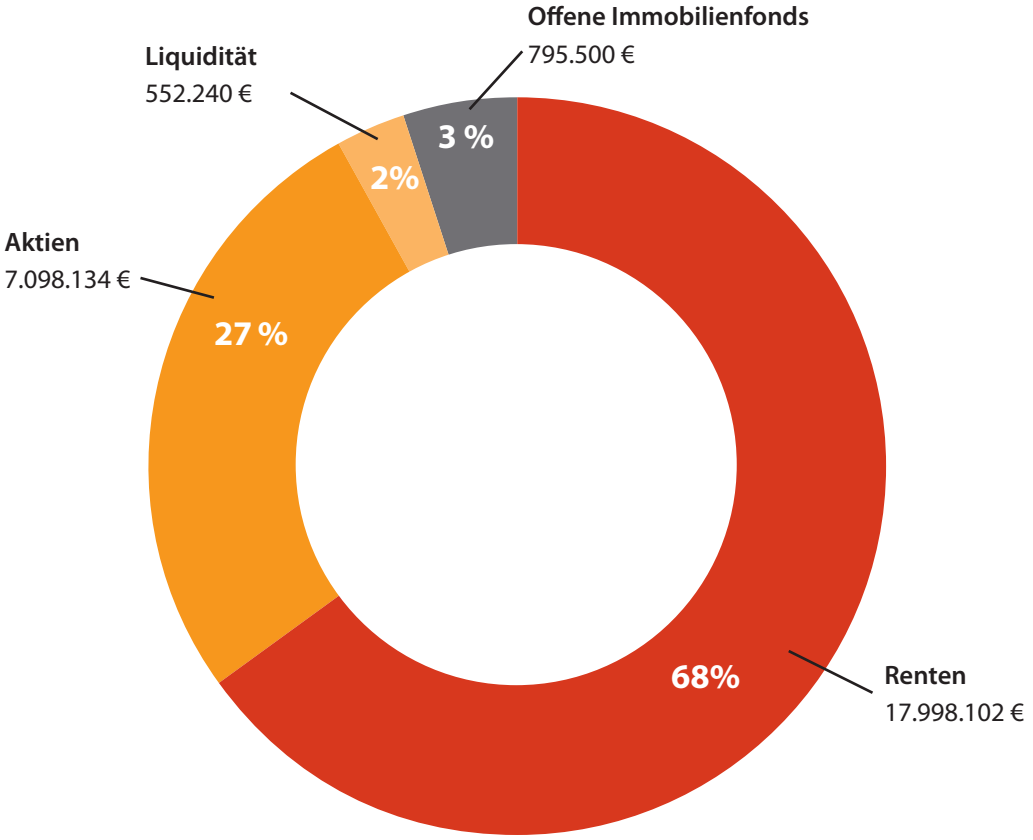
Zustiftungen und Zuwendungen

Die Stiftung erhielt aus dem Bundeshaushalt eine Zusage für Zustiftungen zum Stiftungskapital für die Jahre 2020 bis 2023 von jeweils 1,5 Mio. Euro, die über den Etat des Auswärtigen Amtes an die DSF weitergeleitet wurden bzw. werden. 2022 erhielt die DSF die dritte Tranche in Höhe von 1,5 Millionen Euro.

Das BMBF stockte seine Zuwendung (2,3 Mio. Euro für die thematische Förderung) um weitere 700 Tsd. Euro für die im Oktober 2022 ausgeschriebene Förderlinie zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf. In diesem Jahr nahm die Stiftung die Förderung mit den Bewilligungen zur Ausschreibung „Ambivalenzen der Digitalisierung“ in Anspruch.

Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens

Die Stiftung beauftragte zwei Banken mit der Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens, das fast ausschließlich in Wertpapieren angelegt ist. Die Investitionen unterliegen bestimmten Regeln, die der Stiftungsrat in den „Grundsätzen für die Vermögensverwaltung“ festgelegt hat. Die zulässigen Anlageklassen sind durch eine Positivliste definiert. Zudem enthalten die Grundsätze eine Reihe konkreter Bestimmungen zum Risikomanagement sowie zu den Berichts- und Dokumentationspflichten der Ver-



Vermögen der DSF zum 31.12.2022

mögensbewirtschafter. Hierdurch wird den Stiftungsorganen ein umfassendes Controlling der Vermögensanlage ermöglicht.

Das Vermögen ist entsprechend der Positivliste in festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und sonstigen Anlagen (Immobilienfonds) investiert. Es handelt sich bei den Wertpapieren überwiegend um Einzeltitel. Investmentfonds wie z. B. Rentenfonds und Exchange Traded Funds spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Auf festverzinsliche Wertpapiere entfällt ein Mindestanteil von 60 Prozent. Aktien und aktienähnliche Produkte können in Abhängigkeit von der Kapitalmarktlage bis zu 35 Prozent ausmachen. Die Bewertung erfolgte zu Anschaffungskosten gemäß den Vorschriften des HGB. Im Jahr 2022 waren außerplanmäßige Abschreibungen entsprechend § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB auf elf Aktientitel vorzunehmen.

Der Kurswert des Stiftungsvermögens liegt am 31.12.2022 bei 26,4 Mio. Euro.

Wechsel in der Vermögensverwaltung

Zum Jahreswechsel 2021/22 ersetzte die Stiftung einen ihrer Dienstleister für die Vermögensverwaltung Sie hat das Mandat an die Bank für Kirche und Caritas eG (BKC) übertragen, die das Depot mit einer neuen Anlagestrategie bewirtschaften wird.

Die Bilanz

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2022 beträgt 29,8 Mio. Euro. Sie ist gegenüber dem Vorjahr um knapp 900 Tsd. Euro oder 3,1 Prozent gestiegen. Auf der Aktivseite verringerte sich die Liquidität um 1,4 Mio. Euro. Die Investitionen führten zu dem Anstieg des Bestandes an Wertpapieren des Anlagevermögens um 2,2 Mio. Euro. Weiterhin trug die Zustiftung aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 1,5 Mio. Euro zur Erhöhung des Aktivvermögens bei. Auf der Passivseite ist die Veränderung der Bilanzsumme zum einen auf die Erhöhung des Stiftungskapitals (+200 Tsd. Euro) und zum anderen auf die Erhöhung der Verbindlichkeiten (+700 Tsd. Euro) zurückzuführen. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Einblick in den Stand der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2022.

	31.12. 2022	31.12.2021
AKTIVA	**EUR**	**EUR**
A. Anlagevermögen	28.987.538,49	26.769.894,20
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8.777,42	9.735,87
II. Sachanlagen: Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.143,66	3.666,10
III. Finanzanlagen: Wertpapiere des Anlagevermögens	28.975.617,41	26.756.492,23
B. Umlaufvermögen	770.999,28	2.090.718,61
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	174.052,40	128.679,48
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	596.946,88	1.962.039,13
BILANZSUMME	**29.758.537,77**	**28.860.612,81**
Treuhandvermögen		
Ludwig Quidde-Stiftung, Osnabrück	239.131,34	234.276,89
	31.12. 2022	31.12.2021
PASSIVA	**EUR**	**EUR**
A. Eigenkapital	27.665.177,03	27.468.994,62
I. Stiftungskapital	28.969.094,62	28.093.989,58
III. Jahresergebnis	-1.303.917,59	-624.994,96
B. Rückstellungen	20.459,94	15.291,26
C. Verbindlichkeiten	2.072.900,80	1.376.326,93
1. Verbindlichkeiten aus Förderleistungen	1.992.746,48	1.352.192,31
2. Sonstige Verbindlichkeiten	80.154,32	24.134,62
BILANZSUMME	**29.758.537,77**	**28.860.612,81**
Treuhandverpflichtung		
Ludwig Quidde-Stiftung, Osnabrück	239.131,34	234.276,89

Tabelle 2: Bilanz 2022

Die Ertragslage

Die Erträge aus der Vermögensbewirtschaftung sind im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 297 Tsd. Euro gestiegen. Allerdings gingen die ordentlichen Erträge um 88 Tsd. Euro zurück. Der Anstieg der Erträge beruht auf dem Gewinn, der durch den Verkauf von Aktien im Zuge der Umstrukturierung des Portfolios nach dem Mandatswechsel entstanden ist. Die Aufwendungen aus der Vermögensbewirtschaftung fielen dagegen aufgrund der vorzunehmenden Wertberichtigungen deutlich höher aus (+533 Tsd. Euro). Das Jahresergebnis beträgt 2022 - 1.304 Tsd. Euro (Vorjahr -625 Tsd. Euro).

	2022	2021
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	**EUR**	**EUR**
Erträge aus Vermögensbewirtschaftung	**986.028,56**	**689.476,56**
Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	386.865,59	475.308,24
Finanzergebnis (Vermögensumschichtung)	599.162,97	214.168,32
Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung	**658.766,84**	**136.122,17**
Entgelte der Dienstleister	109.126,34	98.687,03
Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens	533.761,46	0,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	15.879,04	37.435,14
Ergebnis aus Vermögensbewirtschaftung	**327.261,72**	**553.354,39**
Aufwendungen und Erträge aus Verwaltung	**-260.521,94**	**-241.725,62**
Personalaufwendungen	240.007,40	226.082,83
Sachaufwendungen unter Berücksichtigung eigener Erträge	20.514,54	15.642,79
Jahresergebnis vor Erfüllung des Stiftungszweckes	**66.739,78**	**311.628,77**
Aufwendungen zur Erfüllung des Stiftungszweckes	**1.502.715,39**	**965.213,44**
Aufwendungen Projektförderung (Bewilligungen)	1.492.366,15	963.502,00
Wissenschaftliche Eigeninitiativen und Kooperationen	10.349,24	1.711,44
Erträge zur Erfüllung des Stiftungszweckes	**132.058,02**	**28.589,71**
Rückzahlungen Projektförderung	94.648,02	28.589,71
Förderung durch Dritte	37.410,00	0,00
Summe Förderung netto	**-1.370.657,37**	**-936.623,73**
Jahresergebnis	**-1.303.917,59**	**-624.994,96**

Tabelle 3: Gewinn- und Verlustrechnung 2022

Bestätigungsvermerk

Der Vorstand stellt den Jahresabschluss auf, der Stiftungsrat bestätigt diesen und entlastet den Vorstand. Nach § 14 (4) der Satzung ist der Abschluss durch eine*n Wirtschaftsprüfer*in zu prüfen.

Für die Jahresrechnung 2022 ist durch den Wirtschaftsprüfer Reinolf Schwandt, Osnabrück, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden. Der Wirtschaftsprüfer kommt hierin zu den folgenden Prüfungsurteilen:

PRÜFUNGSURTEIL

„Ich habe den Jahresabschluss der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), Osnabrück - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stiftung zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat."

(Aus dem Bestätigungsvermerk vom 11. August 2023 zitieren wir den Abschnitt Prüfungsurteil.)

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung mit Sitz in Osnabrück ist unter der Stiftungsnummer 16 (034) in das öffentliche Stiftungsverzeichnis des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems (Stand: 03.08.2022) als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts eingetragen.

Die DSF ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen.

Die Geschäftsstelle

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung hat ihren Sitz in der Friedensstadt Osnabrück. Das Büro der Geschäftsstelle befindet sich im historischen Ledenhof. Das Team der Geschäftsstelle besteht aus drei Mitarbeiter*innen.

Dr. Thomas Held | Geschäftsführer
Petra Menke | Finanzen und Sachbearbeitung
Katharina Scheerschmidt | Kommunikation und Sachbearbeitung

Das Personaltableau der Geschäftsstelle umfasst zwei Vollzeit- und eine Teilzeitstelle (80%).

2022	
Anzahl Mitarbeiter*innen	**2,8**

Im Jahr 2022 verstärkte ein Praktikant das Team der Geschäftsstelle. Im Rahmen eines studienbegleitenden Praktikums konnte er Einblicke in die Aufgaben und die Arbeitsweise der Stiftung gewinnen. Die DSF leistete damit einen Beitrag zur Vermittlung berufspraktischer Fähigkeiten im Kontext der universitären Ausbildung.

Die Ludwig Quidde-Stiftung

Die Satzung ermöglicht der DSF, für rechtlich selbstständige und unselbstständige Stiftungen die Verwaltung zu übernehmen. Seit September 2011 befindet sich die Ludwig Quidde-Stiftung in der Verwaltung der DSF. Das Stiftungsvermögen wird als Sondervermögen geführt. Für die laufenden Geschäfte berief der Stiftungsrat einen eigenen Vorstand. Die Hauptaufgabe der Stiftung besteht in der Verleihung des mit 5.000 Euro dotierten Ludwig Quidde-Preises. Mit dem Wissenschaftspreis soll eine Persönlichkeit für herausragende Forschungsleistungen im Sinne eines wissenschaftlichen Gesamtwerkes oder eines wegweisen-den Forschungsansatzes im Feld der Friedens- und Konfliktforschung ausgezeichnet werden. Mehr Informationen zur Ludwig Quidde-Stiftung finden sich im eigenen Jahresbericht 2022.

Ludwig Quidde

© 2023 Deutsche Stiftung Friedensforschung
Gestaltung, Satz und Herstellung: bvw werbeagentur und verlag GmbH und DSF
Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany 2023
ISSN 2193-7923

Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Am Ledenhof 3-5
49074 Osnabrück
+49 541 60035-42
www.bundesstiftung-friedensforschung.de
info@bundesstiftung-friedensforschung.de